

**410 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XII. GP.**

1. 6. 1971

**Regierungsvorlage****Bundesgesetz vom XXXXXXXXX, mit dem das Postgesetz geändert wird**

Der Nationalrat hat beschlossen:

**Artikel I**

Das Postgesetz, BGBl. Nr. 58/1957, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 36/1964 und der Kundmachung BGBl. Nr. 365/1970 wird wie folgt geändert:

1. In den §§ 2 und 12 haben die Worte „und Elektrizitätswirtschaft“ zu entfallen.

2. Nach dem § 6 sind die §§ 6 a und 6 b mit folgendem Wortlaut einzufügen:

**„§ 6 a. Hausbrieffachanlagen in Neubauten.**

Der Gebäudeeigentümer hat beim Neubau von Gebäuden mit mehr als vier Wohnungen, Büros oder Geschäften, die sich in mehr als zwei Geschossen befinden, in der Nähe des Gebäudeeingangs eine Hausbrieffachanlage zu errichten. Die Hausbrieffachanlage muß für jede Wohnung, für jedes Büro und für jedes Geschäft ein versperrbares Brieffach enthalten und so ausgestattet und errichtet sein, daß die ordnungsgemäße Abgabe von nichtbescheinigten Briefsendungen und Zeitungen gewährleistet ist.

**§ 6 b. Hausbrieffachanlagen in bestehenden Gebäuden.**

Die Post ist berechtigt, bei Gebäuden mit mehr als vier Wohnungen, Büros oder Geschäften, die sich in mehr als zwei Geschossen befinden und für die die baubehördliche Benützungsbewilligung vor dem 1. Mai 1972 erteilt ist, ohne Leistung eines Entgeltes in der Nähe des Gebäudeeingangs eine Hausbrieffachanlage anzubringen.

Kann der Platz, an dem die Hausbrieffachanlage angebracht werden soll, nicht im Einvernehmen mit dem Gebäudeeigentümer bestimmt werden, ist die Post berechtigt, diesen Platz festzulegen. Hiebei ist auf die ordnungsgemäße

Benützbarkeit des Gebäudes und die ordnungsgemäße Zustellung nichtbescheinigter Briefsendungen und Zeitungen Bedacht zu nehmen.“

3. Der § 26 hat zu lauten:

**„§ 26. Gebührenrechtliche Merkmale und Höhe der Gebühren.**

Die gebührenrechtlichen Merkmale der Postsendungen sind in der Anlage 1, die Postgebühren in der Anlage 2 dieses Bundesgesetzes festgelegt.“

4. Die beiden letzten Sätze des § 27 sind durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

„Für Blindensendungen sind keine Beförderungsgebühren zu entrichten.“

5. Der § 50 hat zu lauten:

**„§ 50. Vollziehung.**

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Verkehr, hinsichtlich des § 12 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Inneres, betraut.“

6. Nach dem § 50 ist als Anlage 1 und Anlage 2 anzuführen:

**Anlage 1****„GEBÜHRENRECHTLICHE MERKMALE DER POSTSENDUNGEN****Arten der Postsendungen**

§ 1. (1) Briefsendungen, und zwar:

1. Briefe,
  2. Postkarten,
  3. Geschäftsbriefe,
  4. Geschäftspostkarten,
  5. Drucksachen,
  6. Warensendungen,
  7. Massensendungen,
  - 7.1. Massendrucksachen,
  - 7.2. Massenwarensendungen,
  8. Blindensendungen.
- (2) Zeitungen.
- (3) Pakete.

### Ausmaße der Postsendungen und Eignung zur Beförderung

§ 2. (1) Briefsendungen müssen so beschaffen sein, daß sie sich zur Beförderung mit der Briefpost eignen.

(2) Für Briefsendungen, ausgenommen Postkarten, Geschäftspostkarten und Massensendungen, gelten folgende Höchstmaße: Länge, Breite und Höhe zusammen 90 Zentimeter, größte Ausdehnung 60 Zentimeter; in Rollenform: Länge und zweifacher Durchmesser zusammen 104 Zentimeter, in der größten Ausdehnung 90 Zentimeter.

(3) Für Briefsendungen mit Postnormformat bis 20 Gramm (Standardsendungen) gelten folgende Maße:

#### 1. Mindestmaße:

Länge 14 Zentimeter,  
Breite 9 Zentimeter (rechteckige Form);

#### 2. Höchstmaße:

Länge 23,5 Zentimeter,  
Breite 12 Zentimeter (rechteckige Form),  
Stärke 0,5 Zentimeter;

#### 3. Verhältnis der Länge zur Breite: mindestens 1:4/4 zu 1.

(4) Für Zeitungen gelten folgende Versandmaße (rechteckige Form):

#### 1. Mindestmaße:

in jeder Ausdehnung 14 Zentimeter;

#### 2. Höchstmaß:

40 × 30 Zentimeter.

(5) Von den in den Abs. 2 bis 4 angeführten Maßen, ausgenommen vom Höchstmaß der Stärke von Standardsendungen, darf bis zu 2 Millimeter abgewichen werden.

(6) Pakete müssen so beschaffen sein, daß sie sich zur Beförderung mit der Paketpost eignen.

### Druck

§ 3. (1) Als gedruckt im Sinne dieses Bundesgesetzes gelten nur Buchstaben, Ziffern, andere Zeichen oder Abbildungen, die durch ein Vervielfältigungsverfahren hergestellt sind.

(2) Nicht als gedruckt gelten handschriftlich oder mit Schreibmaschine bewirkte Durchdrucke sowie mit sonstigen Maschinen, die nicht zum Anfertigen von Vervielfältigungen bestimmt sind oder mit Handstempel hergestellte Abdrucke.

(3) Ob ein Druck vorliegt, hat im Zweifelsfall der Absender nachzuweisen.

### Vordrucke

§ 4. Vordrucke im Sinne dieses Bundesgesetzes sind

1. gedruckte Formblätter mit oder ohne Spalteneinteilung und

2. gedruckte Texte, die zur Ergänzung durch nichtgedruckte Zusätze bestimmt sind.

### Offene Aufgabe

§ 5. (1) Bei Postsendungen, die offen aufzugeben sind, muß eine vorhandene Verpackung so beschaffen sein, daß der Inhalt der Sendung leicht geprüft und der ursprüngliche Zustand der Sendung leicht wiederhergestellt werden kann.

(2) Weisen solche Sendungen einen Verschluss auf und kann ihr Inhalt nur durch Öffnen des Verschlusses geprüft werden, muß der ursprüngliche Zustand der Sendung mit den vom Absender verwendeten Verschlussmitteln leicht wiederherstellbar sein.

### Bunde

§ 6. Leitzonen-, Leitgebiets-, Leitstrecken- oder Ortsbunde sind Bunde mit Sendungen, deren Postleitzahlen in der Tausenderstelle (Leitzzone), in der Tausender- und Hunderterstelle (Leitgebiet), in der Tausender-, Hunderter- und Zehnerstelle (Leitstrecke) oder in allen vier Stellen (Leitort) übereinstimmen.

### Behörden und Ämter

§ 7. (1) Als Behörden und Ämter im Sinne dieses Bundesgesetzes gelten auch öffentliche Einrichtungen, denen auf Grund gesetzlicher Vorschriften behördliche Aufgaben übertragen sind.

(2) Im Zweifelsfall ist die Behörden- oder Amtseigenschaft der Post gegenüber nachzuweisen.

### Höchstgewicht für Briefsendungen

§ 8. Für Briefsendungen, ausgenommen Postkarten, Geschäftspostkarten, Warensendungen, Massensendungen und Blindensendungen, gilt ein Höchstgewicht von zwei Kilogramm.

### Zuordnung von Sendungen zu Briefsendungsarten

§ 9. (1) Briefsendungen sind nach ihren besonderen Merkmalen den einzelnen Briefsendungsarten zuzuordnen.

(2) Briefsendungen, deren Inhaltsteile den Vorschriften über den Inhalt mehrerer Briefsendungsarten entsprechen, sind jener Briefsendungsart zuzuordnen, für die die höhere Gebühr zu entrichten ist und für die die sonstigen Bedingungen eingehalten sind.

(3) Gegen Entrichtung der Beförderungsgebühr für Briefe sind auch Briefsendungen, die nach ihren besonderen Merkmalen einer anderen Briefsendungsart zugeordnet werden können, als Briefe zu befördern.

### Antwortsendungen

§ 10. (1) 1. Antwortsendungen sind nichtbescheinigte Standardsendungen, auf denen eine gedruckte Anschrift und der gedruckte Vermerk „Postgebühr beim Empfänger einheben“ angebracht sind.

2. An Stelle des Vermerkes „Postgebühr beim Empfänger einheben“ darf auch ein anderer gedruckter Vermerk mit gleicher Bedeutung angebracht sein.

(2) Bei Antwortsendungen gilt hinsichtlich ihrer gebührenrechtlichen Behandlung der Empfänger als Absender.

### Briefe

§ 11. Briefe im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Briefsendungen, die nach ihren besonderen Merkmalen keiner anderen Briefsendungsart zugeordnet werden können.

### Postkarten

§ 12. (1) Postkarten sind unverpackt aufgegebene rechteckige Karten mit folgenden Maßen:

1. Mindestmaße:  
Länge 14 Zentimeter,  
Breite 9 Zentimeter;
2. Höchstmaße:  
Länge 14,8 Zentimeter,  
Breite 10,5 Zentimeter.
3. Die Stärke darf jene der von der Post herausgegebenen Postkarten nicht unter- und 1 Millimeter nicht überschreiten.
4. Von den unter den Z. 1 und 2 angeführten Maßen darf bis zu 2 Millimeter abgewichen werden.

(2) Für die Anschrift, den Nachweis der Gebührenentrichtung, die postdienstlichen Vermerke und die Klebezettel muß mindestens die rechte Hälfte einer Seite vorbehalten sein.

(3) Die Anschrift darf auch auf einem Streifen im Ausmaß der Länge und höchstens der halben Breite der Postkarte angebracht sein, der an seinen Längsseiten durchgehend auf der Postkarte befestigt ist.

### Geschäftsbriefe

§ 13. (1) Geschäftsbriefe sind offen aufgegebene Briefsendungen, die ergänzte Vordrucke enthalten.

(2) 1. Auf der Anschriftseite müssen der gedruckte Vermerk „Geschäftsbrief“ und eine gedruckte Absenderangabe oder eine gedruckte Anschrift angebracht sein.

2. Auf Sendungen der Behörden und der Ämter darf statt des Vermerkes „Geschäftsbrief“ der gedruckte Vermerk „Amtliche Mitteilung“ angebracht sein.

(3) Auf den Vordrucken dürfen auch nichtgedruckte Zusätze geschäftlicher Art angebracht sein, die für sich allein keine oder nur eine kurze zusammenhängende Mitteilung ergeben.

(4) Den Geschäftsbriefen dürfen auch Gleichschriften der nichtgedruckten Zusätze beigelegt werden.

### Geschäftspostkarten

§ 14. (1) Geschäftspostkarten sind Postkarten, auf deren Anschriftseite der gedruckte Vermerk „Geschäftspostkarte“ und eine gedruckte Absenderangabe oder eine gedruckte Anschrift angebracht sind.

(2) Auf Geschäftspostkarten der Behörden und der Ämter darf statt des Vermerkes „Geschäftspostkarte“ der gedruckte Vermerk „Amtliche Mitteilung“ angebracht sein.

### Drucksachen

§ 15. (1) Drucksachen sind offen aufgegebene Briefsendungen, die einen auf Papier oder papierähnlichem Material angebrachten Druck und nichtgedruckte Worte nur nach den Bestimmungen der Abs. 2 bis 4 enthalten.

(2) Auf Drucksachen dürfen nichtgedruckt angebracht werden:

1. der Aufgabeort,
2. das Aufgabedatum,
3. die Anschrift und die Absenderangabe außerhalb der gedruckten Mitteilung,
4. postdienstliche Vermerke,
5. Ziffern und Zeichen,
6. Druckfehlerberichtigungen und
7. Abdrucke eines Handstempels.

(3) Unverpackt aufgegebene Ansichts-, Glückwunsch- und Beileidskarten sowie Glückwunsch- und Beileidsbillets gelten als Drucksachen, wenn sie außer den zulässigen nichtgedruckten Zusätzen nicht mehr als fünf nichtgedruckte Worte enthalten.

(4) 1. Erlagscheine und Einzahlungslochkarten der Österreichischen Postsparkasse, Zahlscheine österreichischer Kreditunternehmungen sowie Postanweisungen, die nichtgedruckte Worte innerhalb eines dafür angebrachten Vordruckes enthalten, gelten als Drucksachen.

2. Die für Einzahlungen auf Postscheckkonten der Behörden und der Ämter vorgesehenen und entsprechend gekennzeichneten Erlagscheine der Österreichischen Postsparkasse mit oder ohne Allonge gelten ohne Rücksicht auf darauf angebrachte nichtgedruckte Worte als Drucksachen.

### Warensendungen

§ 16. (1) Warensendungen sind offen aufgegebene Briefsendungen mit einem Höchstgewicht

von fünfhundert Gramm, die Waren oder Warenmuster enthalten.

(2) Warensendungen dürfen auch einen bei Drucksachen zulässigen Inhalt und außerdem folgende nichtgedruckte Angaben enthalten:

1. die Anschrift und die Absenderangabe sowie
2. Angaben über die Ware und ihren Preis.

#### Massensendungen (Massendrucksachen und Massenwarensendungen)

§ 17. (1) Massendrucksachen und Massenwarensendungen (Massensendungen) sind inhaltlich vollkommen gleiche Drucksachen bzw. Warensendungen, von denen mindestens dreihundert gleichzeitig beim Postschalter aufgegeben werden.

(2) Als inhaltlich vollkommen gleich gelten auch Drucksachen bzw. Warensendungen, die sich nur durch Ordnungsnummern oder durch Angaben, die den Anschriften der Sendungen gleichen, voneinander unterscheiden.

(3) Massendrucksachen dürfen ein Höchstgewicht von dreihundertfünfzig Gramm, Massenwarensendungen ein Höchstgewicht von einhundertfünfzig Gramm nicht überschreiten.

(4) Für Massensendungen gelten folgende Höchstmaße:

1. Länge 33 Zentimeter,  
Breite 23 Zentimeter,  
Höhe 5 Zentimeter;
2. in Rollenform:  
Länge 33 Zentimeter,  
Durchmesser 5 Zentimeter.

(5) 1. Auf Massensendungen muß der Vermerk „Postgebühr bar bezahlt“ angebracht sein.

2. Die Anschrift von Massensendungen mit persönlicher Anschrift muß die Postleitzahl enthalten.

3. Massensendungen dürfen auch ohne Anschrift aufgegeben werden, wenn sie an jeder Abgabestelle eines bestimmten Gebietes abgegeben werden sollen.

4. Weniger als 300 Sendungen ohne Anschrift dürfen als Massensendungen aufgegeben werden, wenn die Gebühr für 300 Massensendungen entrichtet wird.

(6) 1. Massensendungen ohne Anschrift hat der Absender in Ortsbunden, auf denen die Anzahl der enthaltenen Sendungen sowie die Postleitzahl des Abgabepostamtes angebracht sind, aufzugeben.

2. Massensendungen mit persönlicher Anschrift hat der Absender in Orts-, Leitstrecken-, Leitgebiets- und Leitzonenbunden aufzugeben.

3. Bunde, ausgenommen Restbunde, müssen je 50 oder 100 Sendungen enthalten.

(7) 1. Massensendungen, die sich zur Bundbildung nicht eignen, sind im Sinne des Abs. 6 in Paketen oder Beuteln aufzugeben.

2. Das Gewicht eines Paketes oder Beutels darf fünfundzwanzig Kilogramm nicht überschreiten.

(8) 1. Der Bundesminister für Verkehr kann Massensendungen in Zeiten einer erheblichen Zunahme des Postverkehrs von der Annahme ausschließen. Die Ausschließung ist im Post- und Telegraphenverordnungsblatt und im Amtsblatt zur Wiener Zeitung zu verlautbaren.

2. Sendungen, die den Bedingungen für Massensendungen entsprechen, dürfen zu den unter Z. 1 angeführten Zeiten als Drucksachen bzw. als Warensendungen befördert werden.

#### Blindensendungen

§ 18. (1) Blindensendungen sind offen aufgegebene Briefsendungen mit einem Höchstgewicht von sieben Kilogramm, die ausschließlich Mitteilungen in tastbarer Schrift oder Druckstöcke mit Blindenschriftzeichen enthalten.

(2) Blindensendungen von oder an Blindenanstalten sowie von oder an Zentral- oder Landesstellen der Blindenorganisationen dürfen auch Tonaufnahmen oder für Blinde bestimmtes Spezialpapier enthalten.

(3) Auf Blindensendungen muß der Vermerk „Blindensendung“ oder ein ähnlicher Vermerk angebracht sein.

#### Zeitungen

§ 19. (1) Tageszeitungen im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Druckschriften, die in der Regel mindestens fünfmal wöchentlich erscheinen.

(2) Wochenblätter im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Druckschriften, die im Jahresdurchschnitt mindestens einmal wöchentlich erscheinen.

(3) Monatsschriften im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Druckschriften, die mindestens einmal im Kalendervierteljahr erscheinen.

#### Voraussetzungen für die Zulassung zum Postzeitungs- versand

§ 20. (1) Zum Postzeitungsversand sind Zeitungen (Tageszeitungen, Wochenblätter und Monatsschriften) zuzulassen, die

1. unter demselben Titel, in fortlaufenden Nummern mit verschiedenem Inhalt erscheinen,
2. der Information über das Tagesgeschehen dienen oder dazu bestimmt sind, über Angelegenheiten der Religion, der Kultur, der Kunst, der Politik, der Wissenschaft, der Wirtschaft, des Sportes oder des Vereinslebens in presseüblicher Weise zu berichten.

## 410 der Beilagen

5

(2) Zum Postzeitungsversand sind auch inländische Gesetzes-, Verordnungs- und Amtsblätter entsprechend ihrer Erscheinungsweise (§ 19 der Anlage 1) zuzulassen.

(3) Nicht zuzulassen sind Druckschriften,

1. die nicht im Inland gedruckt, verlegt und herausgegeben werden,
2. die Teile eines zu einem abgeschlossenen Ganzen bestimmten Werkes bilden,
3. die zum Zweck der geschäftlichen Werbung, Ankündigung oder Empfehlung herausgegeben werden oder solchen Zwecken unmittelbar oder mittelbar dienen und
4. für die der Herausgeber oder Verleger vom Empfänger kein Entgelt verlangt.

(4) Abs. 3 Z. 4 ist nicht anzuwenden, wenn die Zeitung

1. von einer Behörde oder einem Amt herausgegeben wird,
2. von einer politischen Partei oder von einer ihrer Organisationen herausgegeben wird,
3. von einem Wahlwerber (einer wahlwerbenden Gruppe) für die Wahl des Bundespräsidenten, für Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern oder für Wahlen zu den satzungsgebenden Organen (Vertretungskörpern) der gesetzlichen beruflichen Vertretungen herausgegeben wird oder
4. von einem Verein herausgegeben und vorwiegend an Vereinsmitglieder versandt wird.

#### Zulassungsverfahren für Zeitungen; Änderungen; Widerruf

§ 21. (1) Die Zulassung einer Zeitung zum Postzeitungsversand ist vom Herausgeber oder Verleger bei jener Postbehörde I. Instanz schriftlich zu beantragen, in deren Bereich das für den Verlagsort zuständige Abgabepostamt (Verlagspostamt) liegt.

(2) Im Antrag sind

1. der Titel der Zeitung,
2. der Name und der Wohnort des Herausgebers und des Verlegers,
3. der Erscheinungsort,
4. die Erscheinungsweise und
5. das Postamt (die Postämter), bei dem (bei denen) die Zeitung aufgegeben werden soll, anzugeben.

(3) Dem Antrag sind zwei Probestücke einer Nummer anzuschließen.

(4) Die Postbehörde ist berechtigt, vom Herausgeber oder Verleger Nachweise oder gutachtliche Stellungnahmen zu verlangen, wenn dies zur Entscheidung, ob die Voraussetzungen für die Zulassung zum Postzeitungsversand vorliegen, erforderlich ist.

(5) Jede Änderung in den Angaben des Zulassungsantrages ist der Postbehörde I. Instanz unverzüglich schriftlich bekanntzugeben.

(6) Die Zulassung einer Zeitung zum Postzeitungsversand ist zu widerrufen, wenn der Herausgeber (Verleger) die Bedingungen für den Postzeitungsversand (§§ 19 und 20 der Anlage 1) trotz schriftlicher Ermahnung durch die Postbehörde I. Instanz nicht einhält.

(7) Wird von einer zum Postzeitungsversand zugelassenen Zeitung nur eine Nummer mit der Post versendet, ist, wenn die entrichteten Beförderungsgebühren für Zeitungen geringer waren, die Gebühr für Massendrucksachen mit persönlicher Anschrift zu entrichten. Hierbei ist bei einem Gewicht der Zeitungssendung über 350 Gramm der Gewichtssatz „bis 350 Gramm“ anzuwenden.

#### Ausstattung von Zeitungssendungen; Zeitungsbeilagen

§ 22. (1) Auf der Zeitungssendung, bei unverpackter Aufgabe auf dem ersten oder letzten Blatt der Zeitung, müssen

1. der Vermerk „P. b. b.“,
2. der Erscheinungsort und
3. die Bezeichnung des Verlagspostamtes sowie dessen Postleitzahl, wenn diese nicht aus der Bezeichnung des Verlagspostamtes hervorgeht, auffällig angegeben sein.

(2) Die persönliche Anschrift der Zeitungssendung muß die Postleitzahl enthalten.

(3) 1. Tageszeitungen und Wochenblätter dürfen anschriftslos versandt werden.

2. Monatsschriften sind von der Postbehörde I. Instanz zum anschriftslosen Versand zuzulassen, wenn mindestens 60.000 Stück einer jeden Nummer bei der Post aufgegeben werden.

(4) Die Postbehörde I. Instanz hat über schriftlichen Antrag für bestimmte Nummern einer Zeitung die allgemein gehaltene Anschrift „An einen Haushalt“ zuzulassen, wenn die Zeitung von

1. einem obersten Organ des Bundes oder der Länder,
2. einem Bundesministerium oder einem Amt der Landesregierung,
3. einer Gemeinde,
4. einer gesetzlichen beruflichen Vertretung,
5. einer politischen Partei oder einer ihrer Organisationen oder
6. einem Wahlwerber (einer wahlwerbenden Gruppe) für die Wahl des Bundespräsidenten, für Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern oder für Wahlen zu den satzungsgebenden Organen (Vertretungskörpern) der gesetzlichen beruflichen Vertretungen herausgegeben wird.

(5) 1. Die Postbehörde I. Instanz hat über schriftlichen Antrag für einen Teil der Auflage bestimmter Nummern einer Zeitung, die nicht unter die Bestimmungen des Abs. 4 fällt, auch die allgemein gehaltene Anschrift „An einen Haushalt“ zuzulassen.

2. Die Zeitungssendungen müssen den mit einer persönlichen Anschrift oder anschriftslos versandten Zeitungssendungen derselben Nummer — ausgenommen Beilagen — inhaltlich vollkommen gleichen.

3. Sondernummern sind ausgeschlossen.

4. Im Antrag sind das Postamt (die Postämter), bei dem (bei denen) die Zeitungssendungen aufgegeben werden sollen, die Anzahl der Sendungen jeder Nummer und der Tag (die Tage) der Aufgabe anzugeben.

(6) Der Zeitung dürfen Abbildungen und Muster beigegeben werden, die mit ihr fest verbunden und nicht stärker als ein Millimeter sind.

(7) Der Zeitung dürfen

1. gedruckte Beilagen des Herausgebers, die dem § 20 Abs. 1 Z. 2 der Anlage 1 entsprechen (redaktionelle Beilagen),
  2. sonstige gedruckte Beilagen des Herausgebers (eigene Beilagen) und
  3. gedruckte Beilagen, die auf Bestellung anderer Personen oder Einrichtungen versendet werden (fremde Beilagen),
- beigegeben werden.

(8) Auf den gedruckten Beilagen (Zeitungsbeilagen) dürfen Abbildungen und Muster mit einer Stärke von höchstens einem Millimeter angebracht sein. Die Abbildungen und Muster zusammen dürfen das Gewicht der Beilage nicht überschreiten.

(9) Das Gewicht der eigenen und fremden Beilagen einschließlich der Abbildungen und Muster darf zusammen 40 Gramm nicht überschreiten.

(10) Das Gewicht der Zeitungssendung (Zeitung samt Beilagen und Verpackung) darf ein Kilogramm nicht überschreiten.

#### Aufgabe von Zeitungen

§ 23. (1) Zeitungen sind in einer Anzahl von mindestens dreihundert Stück (ausgenommen Nachlieferungen), die inhaltlich vollkommen gleich sind, gleichzeitig beim Postschalter aufzugeben.

(2) 1. Zeitungen sind in Orts-, Leitstrecken-, Leitgebiets- und Leitzone nbunden aufzugeben.

2. Mehrere Bunde sind zu einem Paket oder in einem Beutel zu vereinigen.

3. Das Gewicht eines Zeitungsbundes, -paketes oder -beutels darf fünfundzwanzig Kilogramm nicht überschreiten.

(3) Auf den Zeitungsbunden, -paketen oder -beuteln sind entsprechend ihrem Inhalt der Leit-

ort, die Leitstrecke, das Leitgebiet oder die Leitzone sowie die Anzahl der enthaltenen Sendungen anzugeben.

(4) Verschiedene Zeitungssendungen dürfen nur dann zu einem Bund, Paket oder Beutel vereinigt werden, wenn jede Zeitungssendung schwerer als 30 Gramm ist.

#### Ermittlung der Gebühren bei Zeitungen

§ 24. (1) Bei der Ermittlung der zu entrichtenden Beförderungsgebühren für Zeitungen ist das Gewicht von Beilagen sowie der Verpackung miteinzubeziehen.

(2) 1. Für fremde Beilagen ist außerdem die Zeitungsbeilagegebühr für jede einzelne Beilage zu entrichten.

2. Mehrere unter einem Umschlag beigelegte oder miteinander fest verbundene fremde Beilagen gelten als eine Zeitungsbeilage, wenn sie von einem Auftraggeber stammen und mit ihnen nur für ein Unternehmen geworben wird.

#### Pakete

§ 25. (1) Pakete sind bescheinigte Sendungen, deren Gewicht 25 Kilogramm nicht überschreitet.

(2) Pakete, die

1. in einer Ausdehnung zwei Meter oder in allen Ausdehnungen zusammen drei Meter überschreiten oder
2. wegen ihrer Form oder Beschaffenheit einen unverhältnismäßig großen Raum verlangen, müssen als „Sperrgut“ aufgegeben werden.

(3) Eine Ermäßigung der Paketbeförderungsgebühren in dem im § 10 Z. 3 der Anlage 2 festgesetzten Ausmaß ist zu gewähren, wenn

1. mindestens zehn Pakete gleichzeitig nach Orten im Inland aufgegeben werden,
2. die Pakete in einem Postaufgabebuch (Postaufgabebogen) eingetragen sind und die laufende Nummer des Postaufgabebuches (-bogens) auf den Paketen angegeben ist und
3. die Paketbeförderungsgebühren bei der Aufgabe entrichtet werden.

#### Anlage 2

#### POSTGEBÜHREN

##### § 1. Beförderungsgebühren für Briefe:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen .....	2'—
Gewichtsstufen bis Gramm	
250 .....	3'—
500 .....	4'—
1000 .....	6'—
2000 .....	9'—

## 410 der Beilagen

7

## § 2. Beförderungsgebühr für Postkarten

	Gebühr Schilling
Je Postkarte .....	1'50

## § 3. Beförderungsgebühren für Geschäftsbriefe:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen .....	1'30
Gewichtsstufen bis Gramm	
250 .....	2'—
500 .....	3'—
1000 .....	4'50
2000 .....	7'—

## § 4. Beförderungsgebühr für Geschäftspostkarten

	Gebühr Schilling
Je Geschäftspostkarte .....	1'—

## § 5. Beförderungsgebühren für Drucksachen:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen .....	0'70
Gewichtsstufen bis Gramm	
250 .....	1'30
500 .....	2'—
1000 .....	3'50
2000 .....	6'—

## § 6. Beförderungsgebühren für Warensendungen:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen .....	1'30
Gewichtsstufen bis Gramm	
250 .....	2'—
500 .....	3'—

§ 7. Beförderungsgebühren für Massendruck-  
sachen:

Bei gleichzeitiger Aufgabe von mindestens	ohne Anschrift		mit persönlicher Anschrift		
	Standard- sendun- gen	Gewichtsstufen bis Gramm	Standard- sendun- gen	Gewichtsstufen bis Gramm	
		250   350		250   350	
	Gebühr je Sendung Schilling				
300 Sendungen	0-55	1-10   1-50	0-65	1-20   1-65	
Hundertsätze der Ermäßigung vom Gesamtbetrag					
1.000 Sendungen	5				
10.000 Sendungen	15				
100.000 Sendungen	25				
250.000 Sendungen	30				

Die Beförderungsgebühren sind — nach Abzug der Ermäßigung — auf volle 10 Groschen aufgerundet zu entrichten.

§ 8. Beförderungsgebühren für Massenwaren-  
sendungen:

Bei gleichzeitiger Aufgabe von mindestens	ohne Anschrift		mit persönlicher Anschrift			
	Standard- sendun- gen	Gewichtsstufen bis Gramm	Standard- sendun- gen	Gewichtsstufen bis Gramm		
		100		150	100	150
	Gebühr je Sendung Schilling					
300 Sendungen	0-90	1-10	1-30	1—	1-20	1-40
Hundertsätze der Ermäßigung vom Gesamtbetrag						
1.000 Sendungen	5					
10.000 Sendungen	15					
100.000 Sendungen	25					
250.000 Sendungen	30					

Die Beförderungsgebühren sind — nach Abzug der Ermäßigung — auf volle 10 Groschen aufgerundet zu entrichten.

## § 9. Zeitungen:

Schilling

## 1. Beförderungsgebühren

- 1.1. Gewicht der Sendung  
bis 30 Gramm: je Sendung .... 0'15
- 1.2. Gewicht der Sendung  
über 30 Gramm: je Kilogramm .. 4'50

## 2. Zeitungsbeilagegebühr

je Beilage ..... 0'15

## 3. Die Gesamtgebühren sind auf volle 10 Groschen aufgerundet zu entrichten.

## § 10. Pakete:

## 1. Beförderungsgebühr je Paket

Gewichts- stufen	1. Zone	2. Zone
	Aufgabe- und Abgabepost- amt in der gleichen oder einer angrenzenden Leitzone	Aufgabe- und Abgabepost- amt nicht in der gleichen oder einer angrenzenden Leitzone
Gebühren Schilling		
bis 1 kg	5'—	7'—
für jedes weitere angefangene kg	1'—	1'—

2. Die Leitzonen 1, 2 und 3 gelten für die  
Gebührenbemessung als eine Leitzone.3. Ermäßigung der Beförderungsgebühren 10 vom  
Hundert.

## § 11. Postanweisungen:

## Postanweisungsgebühr je Geldbetrag

bis Schilling	Schilling
50 .....	1'50
100 .....	2'—

bis Schilling	Schilling
200 .....	2'50
500 .....	3'50
1000 .....	5'—
für je weitere 500 S	
mehr um .....	1'50
§ 12. Nachnahmen:	
	Schilling
Einziehungsgebühr je Geldbetrag .....	2'—
§ 13. Postaufträge:	
	Gebühren Schilling
1. Postauftrag unter Umschlag, eingeschrieben .....	6'—
2. Postauftrag offen .....	1'50
3. Einziehung von Geldbeträgen durch Postauftrag .....	2'—
§ 14. Zeitungsbezugsgelder:	
	Schilling
Einziehungsgebühr je Zahlungsbestätigung .....	1'—
§ 15. Sonderbehandlungsgebühren:	
	Schilling
1. Einschreibgebühr .....	4'—
2. Wertgebühr:	
Soweit die Wertangabe	
bei einer Sendung bis 3 kg S 120'—	
bei einem Paket bis 5 kg S 200'—	
bei einem Paket bis 10 kg S 400'—	
bei einem Paket bis 15 kg S 600'—	
bei einem Paket bis 20 kg S 800'—	
bei einem Paket bis 25 kg S 1000'—	
übersteigt, für je S 50'— .....	0'30
3. Eilgebühr:	
3.1. je Briefsendung .....	3'—
3.2. je Paket bis 2 kg .....	3'—
je Paket bis 5 kg .....	4'—
je Paket über 5 kg .....	5'—
3.3. je Postanweisung oder je Scheckverkehrs-Anweisung der Österreichischen Postsparkasse	
bis Schilling	
100 .....	3'—
500 .....	4'—
1000 .....	5'—
über 1000 .....	6'—
4. Sperrgutgebühr:	
50 vom Hundert der Gebühr nach § 10 Z. 1.	
5. Übernahmsbestätigungsgebühr:	
5.1. Verlangen bei der Aufgabe .....	3'—
5.2. Verlangen nach der Aufgabe .....	6'—
6. Gebühr für die Behandlung als Rückscheinbrief (Rückscheingebühr) .....	3'—

7. Gebühr für die eigenhändige Abgabe einer bescheinigten Postsendung, eines nichtbescheinigten Rückscheinbriefes oder für die eigenhändige Auszahlung eines Geldbetrages zu einer Postanweisung sowie zu einer Scheckverkehrs-Anweisung der Österreichischen Postsparkasse .....		Schilling
		3'—
8. Bahnhofbriefgebühr .....		3'—
§ 16. Zustellgebühren:		
		Schilling
1. für ein Paket		
bis 2 kg .....	2'—	
bis 5 kg .....	3'—	
über 5 kg .....	5'—	
2. Für einen Geldbetrag		
bis Schilling		
50 .....	1'—	
100 .....	1'20	
200 .....	1'50	
500 .....	2'50	
1000 .....	4'—	
für je weitere 500 S		
mehr um .....	1'50	
§ 17. Botenlohn:		
		Schilling
Je Wegkilometer des Hin- und Rückweges		
1. für ein Paket		
bis 2 kg .....	2'—	
bis 5 kg .....	2'50	
über 5 kg .....	3'—	
2. für jeden anderen Gegenstand .....	2'—	
§ 18. Sonstige Gebühren:		
		Schilling
1. Einsammlungsgebühr		
je Paket .....	1'50	
2. Spätlingsgebühr		
je Sendung oder Geldbetrag .....	2'—	
3. Leitzettelgebühr		
je Sendung .....	0'50	
4. Gebühr für die Berichtigung oder Änderung der Anschrift .....	6'—	
5. Gebühr für die Rückgabe einer Postsendung oder eines Geldbetrages	6'—	
6. Gebühr für die Änderung eines Nachnahmebetrages .....	6'—	
7. Gebühr für die Minderung eines Postauftragsbetrages .....	6'—	
8. Gebühr für eine Doppel- oder Ersatzaufgabebescheinigung (Bescheinigungsgebühr) .....	3'—	



## 410 der Beilagen

9

	Schilling
9. Fachgebühren:	
9.1. Brieffachgebühr monatlich	
für ein offenes Fach .....	5'—
für ein kleines Schließfach ....	10'—
für ein großes Schließfach ....	15'—
9.2. Paketfachgebühr	
monatlich .....	30'—
zusätzliche Fachgebühr	
je Paket .....	1'—
9.3. Geldfachgebühr	
monatlich .....	15'—
zusätzliche Fachgebühr	
je angewiesenen Geldbetrag ..	1'—
10. Postlagergebühr:	
10.1. je Paket .....	1'—
10.2. je Briefsendung, Zeitung, Post-	
anweisung oder Scheckver-	
kehrs-Anweisung der Öster-	
reichischen Postsparkasse ....	0'50
11. Lagergebühr	
je Paket und Tag .....	1'—
12. Abholscheingebühr .....	1'—
13. Einhebungsgebühr:	
13.1 je Antwortsendung .....	0'30
13.2. je sonstige Sendung .....	1'—
14. Rücksendungsgebühr	
je Massensendung .....	0'20
15. Gebühr für die Benachrichtigung von	
der Unzustellbarkeit eines Paketes	
(Benachrichtigungsgebühr) .....	4'—
16. Gebühr für einen Nachsendungs-	
antrag:	
16.1. für einen Zeitraum bis zu	
drei Monaten .....	8'—
16.2. für einen Zeitraum bis zu	
sechs Monaten .....	15'—
17. Postvollmachtgebühr, Gebühr für die	
Ausfertigung einer Postübernahms-	
karte .....	10'—

	Schilling
18. Taschengebühr	
monatlich .....	20'—
19. Nachforschungsgebühr:	
19.1. je Sendung oder Geldbetrag ..	5'—
19.2. Mehrkosten je Stunde .....	20'—
20. Umtauschgebühr	
je Briefmarke (Briefmarkenauf-	
druck) .....	0'10"

## Artikel II

(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Oktober 1971 in Kraft.

(2) § 6 a ist nicht anzuwenden, wenn die bau-  
behördliche Benützungsbewilligung vor dem  
1. Mai 1972 ertetilt wird.

(3) Bis einschließlich 30. September 1973 sind  
Postkarten mit einer Mindestgröße von 10 × 7  
Zentimeter zulässig.

(4) Zeitungen, die im Zeitpunkt des Inkraft-  
tretens dieses Bundesgesetzes zum Postzeitungs-  
versand zugelassen sind, gelten als im Sinne die-  
ses Bundesgesetzes zugelassen.

(5) Bis einschließlich 30. September 1973 gilt  
für Briefe bis 20 Gramm ohne Rücksicht auf  
ihre Maße die in § 1 der Anlage 2 für Standard-  
sendungen vorgesehene Gebühr.

(6) Bis einschließlich 30. September 1973 gelten  
für Sendungen bis 50 Gramm ohne Rücksicht  
auf ihre Maße die in den §§ 3, 5, 6, 7 und 8 der  
Anlage 2 für Standardsendungen vorgesehenen  
Gebühren.

## Artikel III

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist  
der Bundesminister für Verkehr betraut.

## Erläuterungen

Der Verfassungsgerichtshof hat mit seinem Erkenntnis vom 16. Oktober 1970, Zl. G 9/70-11, V 3, 4, 5/70, die im § 26 des Bundesgesetzes vom 13. Februar 1957, BGBl. Nr. 58, über das Postwesen (Postgesetz) enthaltenen Worte „für die Beförderung von Postsendungen sowie“ gemäß Art. 140 B-VG als verfassungswidrig aufgehoben. Die Aufhebung tritt mit Ablauf des 30. September 1971 in Kraft. Damit verliert die Postgebührenordnung 1966, BGBl. Nr. 270, in der Fassung BGBl. Nr. 290/1968 ihre gesetzliche Grundlage.

Eine der Rechtsansicht des Verfassungsgerichtshofes entsprechende gesetzliche Bestimmung müßte alle wesentlichen Merkmale für die Festsetzung der Postgebühren durch Verordnung enthalten. Mit Rücksicht auf die Mannigfaltigkeit der Postgebühren kann eine solche Bestimmung kaum normiert werden. Es ist daher notwendig, die Grundlagen für die Gebührenbemessung, die bisher in der Postordnung, BGBl. Nr. 110/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 291/1968 enthalten sind sowie die Höhe der Postgebühren in das Postgesetz aufzunehmen. Dies soll dadurch erfolgen, daß die gebührenrechtlichen Merkmale (dazu zählen insbesondere die Arten der Postsendungen) in eine Anlage 1, die Höhe der Gebühren in eine Anlage 2 aufgenommen werden sollen. Für die Abfassung der Anlagen wurden die entsprechenden Bestimmungen der derzeit geltenden Verordnungen zur Grundlage genommen, wobei sprachliche und — soweit es notwendig schien — auch inhaltliche Änderungen (diese sind in der angeschlossenen „Gegenüberstellung“ begründet) vorgenommen wurden. Auch Beschlüsse des Weltpostkongresses (Tokio 1969) wurden be-

rücksichtigt. Auf weitergehende Änderungen mußte mit Rücksicht auf die kurze vom Verfassungsgerichtshof gestellte Frist verzichtet werden.

Mit dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 2. März 1970, Zl. K II-2/69 (als Rechtsatz im Bundesgesetzblatt unter Nr. 323 kundgemacht), wurde festgestellt, daß es in die Zuständigkeit des Bundes (Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen) falle, Liegenschaftseigentümer gesetzlich zu verpflichten, Abgabebriefkästen (Hausbrieffachanlagen) anzubringen. Es sollen daher entsprechende Bestimmungen in das Postgesetz aufgenommen werden.

Die Gliederung des Postrechtes wird nach dem Inkrafttreten der Novelle zum Postgesetz (zum gleichen Zeitpunkt soll auch die Postordnung novelliert werden) unbefriedigend sein. Es soll daher demnächst an eine Neuordnung des Postrechtes — unter Berücksichtigung umfassenderer Änderungswünsche — geschritten werden. Um nach dem 30. September 1971 einen gesetzlosen Zustand zu vermeiden, war diese Neuordnung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich.

Mit den gegenständlichen legislativen Maßnahmen ist kein Mehraufwand auf dem Personal- oder Sachkostensektor verbunden.

Im allgemeinen kommt es durch die neuen Bestimmungen zu keiner Erhöhung der Postgebühren. Lediglich die Erhöhung der Einziehungsgebühren für Nachnahme- und Postauftragsbeträge sowie für Zeitungsbezugsgelder würde einen Einnahmenzuwachs von zirka 1,3 Millionen Schilling (Oktober bis einschließlich Dezember 1971) erbringen.

## Gegenüberstellung zur Postgesetznovelle

## Bisheriger Text

## Neuer Text

## Begründung

## § 6 a. Hausbrieffachanlagen in Neubauten.

Der Gebäudeeigentümer hat beim Neubau von Gebäuden mit mehr als vier Wohnungen, Büros oder Geschäften, die sich in mehr als zwei Geschossen befinden, in der Nähe des Gebäudeeingangs eine Hausbrieffachanlage zu errichten. Die Hausbrieffachanlage muß für jede Wohnung, für jedes Büro und für jedes Geschäft ein versperresbares Brieffach enthalten und so ausgestattet und errichtet sein, daß die ordnungsgemäße Abgabe von nichtbescheinigten Briefsendungen und Zeitungen gewährleistet ist.

Bereits vor dem Jahre 1964 wurde versucht, die Anbringung von Hausbrieffachanlagen gesetzlich zu regeln. Dieser Versuch scheiterte u. a. daran, daß die Zuständigkeit, solche Normen zu erlassen, strittig war.

Auf Grund des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom 2. März 1970, Zl. K II-2/69, wurde nun im Bundesgesetzblatt unter Nr. 323 der Rechtsatz kundgemacht, daß es in die Zuständigkeit des Bundes (Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen) falle, Liegenschaftseigentümer gesetzlich zu verpflichten, Abgabebrieffächern (Hausbrieffachanlagen) anzubringen.

Nach dem zitierten Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes sind die Länder dafür zuständig, Bestimmungen zu erlassen, die die Ausweisung des Platzes für Hausbrieffachanlagen in Bauplänen regeln.

So sehr es seitens der Post wünschenswert wäre, daß eine solche Regelung möglichst bald getroffen wird, kann doch der Bundesgesetzgeber nicht — wie dies von begutachtenden Stellen verlangt wurde — dem Landesgesetzgeber hiefür eine Frist setzen.

Die ständig steigenden Personalkosten sowie der Personalmangel wirken sich besonders nachteilig im Zustelldienst aus. Eine echte Rationalisierung ist in diesem Dienst nur durch Errichtung von Hausbrieffachanlagen möglich. Die der Post zur Verfügung stehenden Mittel gestatten es jedoch nicht, in absehbarer Zeit sowohl die bereits bestehenden Bauten als auch die Neubauten mit Hausbrieffachanlagen auszustatten.

Im Begutachtungsverfahren wurde ausgeführt, daß die Post die Kosten für die Rationalisie-

## Bisheriger Text

## Neuer Text

## Begründung

rung des Zustelldienstes den Bauherren auflasten wolle, während der auf Dauer eintretende Rationalisierungseffekt ihr selbst zugute käme. Hierbei wird jedoch verkannt, daß es sich in den Fällen des § 6 a nicht um die Rationalisierung eines bestehenden Betriebsablaufes handelt, sondern daß hier Maßnahmen gesetzt werden sollen, durch die der Zuwachs an neuen Abgabestellen betrieblich bewältigt werden kann. Die Finanzierung derartiger Maßnahmen durch die Post würde kostendeckende Tarife oder zusätzliche Budgetmittel — dadurch eine Erhöhung des Betriebsabganges — voraussetzen.

Um auch weiterhin die ordnungsgemäße Zustellung der Postsendungen gewährleisten zu können, ist die vorgesehene gesetzliche Regelung nötig. Über Wunsch des Gebäudeeigentümers würde die Post die Hausbrieffachanlage zu den Selbstkosten beschaffen und anbringen. Dadurch würde pro Abgabestelle ein Hausbrieffach samt Montage zirka S 150.— kosten; dieser Betrag würde im Hinblick auf die Gesamtkosten einer Wohnung im Preis kaum einen Niederschlag finden. Überdies mußte auch jetzt schon bei jeder Abgabestelle für die Zustellung nichtbescheinigter Sendungen ein Einwurfschlitzen oder ein Briefkasten vorgesehen werden, wobei die Kosten dafür nicht von der Post getragen wurden. Die ordnungsgemäße Abgabe von Sendungen durch Einlegen in Hausbrieffachanlagen ist dann gewährleistet, wenn der Zusteller die Sendungen auf einfache Weise in die Hausbrieffachanlage einlegen und der Empfänger die für ihn bestimmten Sendungen ohne Schwierigkeiten entnehmen kann. Die Sendungen müssen gegen Beschädigung und unbefugten Zugriff weitgehend geschützt sein. Als Muster möge die von der Post verwendete Normanlage dienen.

## 410 der Beilagen

13

## Bisheriger Text

## Neuer Text

## Begründung

Die für die Nichterrichtung von Hausbrieffachanlagen in dem zur Begutachtung ausgesandten Entwurf festgelegte Sanktion (Ausschluß von der Zustellung nichtbescheinigter Postsendungen) wurde nicht beibehalten. Zur Durchsetzung der gesetzlichen Verpflichtung reichen die Mittel des Verwaltungsverfahrens aus.

Durch eine Übergangsbestimmung (Art. II Abs. 2) soll eine Konkurrenz zu Bestimmungen des § 6 b vermieden werden.

### § 6 b. Hausbrieffachanlagen in bestehenden Gebäuden.

Die Post ist berechtigt, bei Gebäuden mit mehr als vier Wohnungen, Büros oder Geschäften, die sich in mehr als zwei Geschossen befinden und für die die baubehördliche Benützungsbewilligung vor dem 1. Mai 1972 erteilt ist, ohne Leistung eines Entgeltes in der Nähe des Gebäudeeingangs eine Hausbrieffachanlage anzubringen. Kann der Platz, an dem die Hausbrieffachanlage angebracht werden soll, nicht im Einvernehmen mit dem Gebäudeeigentümer bestimmt werden, ist die Post berechtigt, diesen Platz festzulegen. Hierbei ist auf die ordnungsgemäße Benützbarkeit des Gebäudes und die ordnungsgemäße Zustellung nichtbescheinigter Briefsendungen und Zeitungen Bedacht zu nehmen.

Die Post hat in den letzten Jahren über eine Million Hausbrieffächer auf eigene Kosten angebracht. Voraussetzung hierfür war die Zustimmung des Gebäudeeigentümers. Wurde die Zustimmung verweigert, konnte die Post keine Hausbrieffachanlagen anbringen und es kommt dadurch zu Schwierigkeiten bei der Zustellung. Die Post soll daher berechtigt sein, auch ohne Zustimmung des Gebäudeeigentümers — weiterhin auf ihre Kosten — Hausbrieffachanlagen in bestehenden Gebäuden zu errichten.

Da die Hausbrieffachanlage nicht ausschließlich im Interesse der Post, sondern auch im Interesse der Wohnungsinhaber, denen die ordnungsgemäße Zustellung nichtbescheinigter Sendungen gewährleistet werden soll, errichtet wird, soll für den in Anspruch genommenen Platz kein Entgelt gewährt werden. Bei der Festlegung des Platzes, an dem die Hausbrieffachanlage errichtet werden soll, sind selbstverständlich andere gesetzliche Bestimmungen, z. B. Vorschriften der Bauordnungen zu beachten. Für den Fall der Festlegung des Platzes durch die Post finden die Vorschriften des Verwaltungsverfahrens Anwendung.

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
<p><b>§ 26. Gebührenfestsetzung.</b></p> <p>Die für die Beförderung von Postsendungen sowie für die Übermittlung, Auszahlung und Einziehung von Geldbeträgen zu entrichtenden Gebühren sind unter Bedachtnahme auf Art und Umfang der Leistung sowie darauf, daß die Post eine Einrichtung der öffentlichen Verwaltung ist, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen durch Verordnung festzusetzen.</p>	<p><b>§ 26. Gebührenrechtliche Merkmale und Höhe der Gebühren.</b></p> <p>Die gebührenrechtlichen Merkmale der Postsendungen sind in der Anlage 1, die Postgebühren in der Anlage 2 dieses Bundesgesetzes festgelegt.</p>	<p>Der Verfassungsgerichtshof hat mit seinem Erkenntnis vom 16. Oktober 1970, Zl. G 9/70, V 3, 4, 5/70, die Worte „für die Beförderung von Postsendungen sowie“ als nicht dem Art. 18 Abs. 2 des Bundesverfassungsgesetzes entsprechend aufgehoben.</p> <p>Eine verfassungsgemäße gesetzliche Grundlage, aus der alle Merkmale für die Festsetzung der Postgebühren durch Verordnung abgeleitet werden können, läßt sich nicht finden. Es war daher nötig, die Grundlagen für die Gebührenbemessung (gebührenrechtliche Merkmale der Postsendungen und Höhe der Gebühren) im Gesetz selbst festzulegen. Damit entfällt auch die Notwendigkeit, das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen herzustellen.</p>
<p><b>§ 27. Gebührenpflicht.</b></p> <p>Die Leistungen der Post dürfen ohne Entrichtung der hierfür festgesetzten Postgebühren nicht in Anspruch genommen werden, soweit nicht gesetzlich ausdrücklich anderes bestimmt ist. Die Post ist berechtigt, die zu entrichtenden Postgebühren zu stunden, wenn ihre Einbringung gesichert ist. Postdienstliche Sendungen sind von Postgebühren befreit. Postsendungen, die ausschließlich Mitteilungen in tastbarer Schrift oder Sachen enthalten, die der Herstellung solcher Mitteilungen dienen, sind ohne Einhebung einer Beförderungsgebühr zu befördern. Sachen, die zur Vermittlung von Mitteilungen durch den Gehörsinn dienen, dürfen nur zwischen Blinden und den mit der Blindenbetreuung befaßten Einrichtungen (Blindenanstalten usw.) gebührenfrei befördert werden.</p>	<p><b>§ 27. Gebührenpflicht.</b></p> <p>Die Leistungen der Post dürfen ohne Entrichtung der hierfür festgesetzten Postgebühren nicht in Anspruch genommen werden, soweit nicht gesetzlich ausdrücklich anderes bestimmt ist. Die Post ist berechtigt, die zu entrichtenden Postgebühren zu stunden, wenn ihre Einbringung gesichert ist. Postdienstliche Sendungen sind von Postgebühren befreit. Für Blindensendungen sind keine Beförderungsgebühren zu entrichten.</p>	<p>Die Definition der Blindensendungen ist nun im § 18 der Anlage 1 enthalten.</p>

## 410 der Beilagen

15

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
§ 76 PO, letzter Satz: ... Blindensendungen sind von den Beförderungsgebühren befreit.		
§ 50. Vollziehung. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, hinsichtlich des § 12 im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres, betraut.	§ 50. Vollziehung. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Verkehr, hinsichtlich des § 12 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Inneres betraut.	Das verfassungsgesetzlich berufene Organ ist der Bundesminister.

## Gegenüberstellung zur Anlage 1 der Postgesetznovelle

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
	Arten der Postsendungen	
	§ 1. (1) Briefsendungen, und zwar: 1. Briefe, 2. Postkarten, 3. Geschäftsbriefe, 4. Geschäftspostkarten, 5. Drucksachen, 6. Warensendungen, 7. Massensendungen, 7.1. Massendrucksachen, 7.2. Massenwarensendungen, 8. Blindensendungen. (2) Zeitungen. (3) Pakete.	Die Arten der Postsendungen, die jetzt im II. und III. Abschnitt der Postordnung enthalten sind, sollen nun in einem eigenen Paragraphen aufgezählt werden.
	Ausmaße der Postsendungen und Eignung zur Beförderung	
	§ 2. (1) Briefsendungen müssen so beschaffen sein, daß sie sich zur Beförderung mit der Briefpost eignen.	Als Massenbeförderungsunternehmen kann die Post nur dann ihre Aufgabe erfüllen, wenn die Sendungen bestimmten Mindestanforderungen entsprechen, das heißt, wenn sich gleichartige Sendungen mit den für die Beförderung dieser Sendungen zur Verfügung stehenden Einrichtungen bearbeiten lassen. Die Beschaffenheit einer Sendung wird durch die Merkmale: Maße, Form, Gewicht, Ver-

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
§ 53 PO:	(2) Für Briefsendungen, ausgenommen Postkarten, Geschäftspostkarten und Massensendungen, gelten folgende Höchstmaße: Länge, Breite und Höhe zusammen 90 Zentimeter, größte Ausdehnung 60 Zentimeter; in Rollenform: Länge und zweifacher Durchmesser zusammen 104 Zentimeter, in der größten Ausdehnung 90 Zentimeter.	<p>packung und Inhalt bestimmt. Soweit diese Merkmale nicht in besonderen Bestimmungen ausdrücklich geregelt sind, müssen daher Briefsendungen so beschaffen sein, daß sie mit den der Post für die Beförderung (Annahme, Weiterleitung und Abgabe der Briefsendungen zur Verfügung stehenden Einrichtungen störungsfrei behandelt werden können.</p> <p>Gegenüber den bisher in der Postordnung enthaltenen Bestimmungen tritt keine Änderung ein.</p>
§ 54 PO:	<p>(3) Für Briefsendungen mit Postnormformat bis 20 Gramm (Standardsendungen) gelten folgende Maße:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Mindestmaße: Länge 14 Zentimeter, Breite 9 Zentimeter (rechteckige Form);</li> <li>2. Höchstmaße: Länge 23,5 Zentimeter, Breite 12 Zentimeter (rechteckige Form), Stärke 0,5 Zentimeter;</li> <li>3. Verhältnis der Länge zur Breite: mindestens 1,414 zu 1.</li> </ol>	<p>Einer Empfehlung des Weltpostvereines entsprechend, soll der Begriff der Standardsendung eingeführt werden. In ihren Maßen entspricht die Standardsendung dem bisher nur empfohlenen Postnormformat.</p> <p>Das ständig steigende Verkehrsaufkommen kann bei dem herrschenden Personalmangel sowie bei dem sich laufend erhöhenden Personal- und Sachaufwand nur dann auf wirtschaftlich vertretbare Weise bewältigt werden, wenn die Post trachtet, die Beförderungskosten weitgehend zu senken. Die Beförderung von Postsendungen ist besonders personalintensiv und einer Technisierung und Automatisierung nur beschränkt zugänglich. Die maschinelle Bearbeitung von Sendungen setzt voraus, daß diese bis zu einem gewissen Grad genormt sind. Aber auch ohne Einsatz von Maschinen erfordert die Beför-</p>



## 410 der Beilagen

17

## Bisheriger Text

## Neuer Text

## Begründung

§ 227, letzter Satz:

... Zeitungssendungen dürfen das Ausmaß von 40 × 30 Zentimetern nicht überschreiten.

(4) Für Zeitungen gelten folgende Versandmaße (rechteckige Form):

1. Mindestmaße: in jeder Ausdehnung 14 Zentimeter;
2. Höchstmaß: 40 × 30 Zentimeter.

(5) Von den in den Abs. 2 bis 4 angeführten Maßen, ausgenommen vom Höchstmaß der Stärke von Standardsendungen, darf bis zu 2 Millimeter abgewichen werden.

(6) Pakete müssen so beschaffen sein, daß sie sich zur Beförderung mit der Paketpost eignen.

derung von Sendungen, die sich von der Masse der Postsendungen erheblich unterscheiden, einen erhöhten Aufwand.

Es scheint daher gerechtfertigt, wenn Standardsendungen, deren Beförderung geringere Kosten verursacht, auch zu einem niedrigeren Gebührensatz befördert werden sollen. Da eine allgemeine Erhöhung der weitgehend nicht kostendeckenden Postgebühren vermieden werden soll, für die Post aber ein Einnahmenrückgang nicht zu vertreten ist, sollen für Standardsendungen die Gebühren der bisherigen ersten Gewichtsstufen gelten. Alle übrigen Sendungen der bisherigen ersten Gewichtsstufen sollen unter die nächsthöhere Gebühr fallen. Die gebührenmäßigen Auswirkungen der Einführung von Standardsendungen sollen, um den Postbenützern einen ausreichenden Umstellungszeitraum zu gewähren, erst mit 1. Oktober 1973 in Kraft treten (Art. II Abs. 5 und 6).

Für Zeitungen soll ein Versand-Mindestmaß eingeführt werden, da Zeitungssendungen, die in einer Ausdehnung kleiner als 14 cm sind, den Betriebsablauf hemmen. Das Höchstausmaß war bereits bisher in der Postordnung vorgesehen.

In Angleichung an die Bestimmungen des Weltpostvertrages sollen Abweichungen bis zu 2 Millimeter toleriert werden, um einer schikanösen Anwendung der Bestimmungen über die Ausmaße vorzubeugen; durch die maschinelle Herstellung von Briefumschlägen, die maschinelle Verpackung von Sendungen usw. kann es zu geringfügigen Abweichungen in den Maßen kommen.

Hier gelten die Ausführungen zu Abs. 1 sinngemäß.

## Druck

§ 56 PO, 1., 3. und 4. Satz:

Soweit bestimmte Briefsen-

§ 3. (1) Als gedruckt im Sinne dieses Bundesgesetzes

Das Vorhandensein eines Druckes ist ein gebührenrecht-

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
<p>dungen als besonderes Merkmal einen Druck, Vordruck oder gedruckte Angaben enthalten müssen, gelten nur Worte, Ziffern, Zeichen oder Abbildungen als gedruckt, die durch ein Vervielfältigungsverfahren hergestellt sind. .... Handschriftlich oder mit Schreibmaschine bewirkte Durchdrucke sowie mit Handstempel hergestellte Abdrucke gelten nicht als gedruckt. Ob ein Druck vorliegt, hat im Zweifelsfall der Absender nachzuweisen.</p>	<p>gelten nur Buchstaben, Ziffern, andere Zeichen oder Abbildungen, die durch ein Vervielfältigungsverfahren hergestellt sind.</p> <p>(2) Nicht als gedruckt gelten handschriftlich oder mit Schreibmaschine bewirkte Durchdrucke sowie mit sonstigen Maschinen, die nicht zum Anfertigen von Vervielfältigungen bestimmt sind oder mit Handstempel hergestellte Abdrucke.</p> <p>(3) Ob ein Druck vorliegt, hat im Zweifelsfall der Absender nachzuweisen.</p>	<p>liches Merkmal für bestimmte gebührenbegünstigte Sendungsarten.</p> <p>Da Worte aus einer Folge von Buchstaben bestehen, muß dieser Begriff nicht gesondert angeführt werden.</p> <p>Damit soll klargestellt werden, daß mit durch Lochstreifen gesteuerten Schreibmaschinen, EDV-Anlagen u. ä. hergestellte Abdrucke nicht als Druck gelten, da diese Maschinen hauptsächlich anderen Zwecken dienen und die Gebührenbegünstigungen für Drucksachen und Druckschriften z. B. in erster Linie für inhaltlich gleiche Sendungen, die in großer Zahl hergestellt und versendet werden, bestimmt sind. Eine Gleichsetzung von mit elektronischen Datenverarbeitungsanlagen hergestellten Abdrucken und Drucken im Sinne des § 3 Abs. 1 wäre nur bei erheblicher Erhöhung der Gebühren für Drucksachen und Massendruck-sachen möglich. Weist der Inhalt einer Sendung durch EDV-Anlagen angebrachte Worte und nicht nur Ziffern und Zeichen auf, werden solche Sendungen in der Regel als Geschäftsbriefe versandt. Ein Abwandern zur Drucksache würde einen für die Post nicht vertretbaren Gebüh-renausschlag zur Folge haben.</p>

#### Vordrucke

##### § 56 PO, 2. Satz:

... Vordrucke sind gedruckte Fragebogen, sonstige Formblätter mit oder ohne Spalteneinteilung und gedruckte Mitteilungen, die zur Ergänzung durch nichtgedruckte Zusätze bestimmt sind ...

##### § 4. Vordrucke im Sinne dieses Bundesgesetzes sind

1. gedruckte Formblätter mit oder ohne Spalteneinteilung und
2. gedruckte Texte, die zur Ergänzung durch nichtgedruckte Zusätze bestimmt sind.

Das Vorhandensein eines Vordruckes ist ein gebührenrechtliches Merkmal für bestimmte gebührenbegünstigte Sendungsarten.

#### Offene Aufgabe

##### § 85 PO, 3. Satz:

Postsendungen, die offen aufzugeben sind, müssen so beschaffen sein, daß ihr Inhalt leicht geprüft werden kann.

§ 5. (1) Bei Postsendungen, die offen aufzugeben sind, muß eine vorhandene Verpackung so beschaffen sein, daß der Inhalt der Sendung leicht geprüft und der ursprüngliche Zustand der Sendung leicht wiederhergestellt werden kann.

Die Bestimmungen des 3. und 4. Satzes des § 85 der PO wurden auf die Verpackung ausgedehnt. Die offene Aufgabe ist ein gebührenrechtliches Merkmal für bestimmte gebührenbegünstigte Sendungsarten. Die Bestimmungen der Abs. 1 und 2

## 410 der Beilagen

19

## Bisheriger Text

## Neuer Text

## Begründung

## § 85 PO, 4. Satz:

Weisen solche Sendungen einen Verschuß auf und kann ihr Inhalt nur durch Öffnen des Verschlusses geprüft werden, muß der ursprüngliche Zustand der Sendung mit denselben Verschußmitteln leicht wiederherstellbar sein.

(2) Weisen solche Sendungen einen Verschuß auf und kann ihr Inhalt nur durch Öffnen des Verschlusses geprüft werden, muß der ursprüngliche Zustand der Sendung mit den vom Absender verwendeten Verschußmitteln leicht wiederherstellbar sein.

ermöglichen es der Post, ohne wesentliche Behinderung des Betriebsablaufes zu prüfen, ob die sonstigen Bedingungen für diese Sendungsarten, soweit sie sich auf den Inhalt beziehen (z. B. Vorliegen eines Druckes bei Drucksachen), eingehalten sind.

## B u n d e

## § 105 PO, letzter Satz:

... Leitzone-, Leitgebiets-, Leitstrecken- bzw. Ortsbunde sind Bunde mit Sendungen, deren Postleitzahlen in der Tausenderstelle (Leitzzone), in der Tausender- und Hunderterstelle (Leitgebiet), in der Tausender-, Hunderter- und Zehnerstelle (Leitstrecke) bzw. in allen vier Stellen (Leitort) übereinstimmen.

§ 6. Leitzone-, Leitgebiets-, Leitstrecken- oder Ortsbunde sind Bunde mit Sendungen, deren Postleitzahlen in der Tausenderstelle (Leitzzone), in der Tausender- und Hunderterstelle (Leitgebiet), in der Tausender-, Hunderter- und Zehnerstelle (Leitstrecke) oder in allen vier Stellen (Leitort) übereinstimmen.

Bei bestimmten gebührenbegünstigten Sendungsarten stellt die Bundbildung ein gebührenrechtliches Merkmal dar.

## Behörden und Ämter

## § 225 PO, vorletzter Satz:

... Als Behörden und Ämter gelten auch öffentliche Einrichtungen, denen auf Grund gesetzlicher Vorschriften behördliche Aufgaben übertragen sind ...

§ 7. (1) Als Behörden und Ämter im Sinne dieses Bundesgesetzes gelten auch öffentliche Einrichtungen, denen auf Grund gesetzlicher Vorschriften behördliche Aufgaben übertragen sind.

Für Behörden und Ämter gelten zum Teil gebührenrechtliche Sonderregelungen.

## § 246 PO:

Als Behörden und Ämter im Sinne dieses Teiles der Postordnung gelten auch öffentliche Einrichtungen, denen auf Grund gesetzlicher Vorschriften behördliche Aufgaben übertragen sind. Im Zweifelsfall hat der Absender nachzuweisen, daß ihm Behörden- oder Amtseigenschaft zukommt.

(2) Im Zweifelsfall ist die Behörden- oder Amtseigenschaft der Post gegenüber nachzuweisen.

Höchstgewicht für  
Briefsendungen

## § 53 PO, letzter Satz:

... Das Gewicht der Briefsendungen darf zwei Kilogramm nicht übersteigen.

§ 8. Für Briefsendungen, ausgenommen Postkarten, Geschäftspostkarten, Warensendungen, Massensendungen und Blindensendungen, gilt ein Höchstgewicht von zwei Kilogramm.

Für die anderen Briefsendungsarten ist das Höchstgewicht nicht (Postkarten, Geschäftspostkarten) oder gesondert (Warensendungen, Massensendungen und Blindensendungen) festgelegt.

## Bisheriger Text

## Neuer Text

## Begründung

## Zuordnung von Sendungen zu Briefsendungsarten

## § 55 PO:

Für die einzelnen Arten von Briefsendungen sind im folgenden Merkmale festgesetzt, die für die gebührenrechtliche und postdienstliche Behandlung der Postsendung maßgebend sind.

## § 59 PO:

Mehrere Briefsendungen dürfen zu einer Briefsendung vereinigt werden, wenn sie von einem Absender herrühren und für denselben Empfänger bestimmt sind. Soweit die zu einer Briefsendung vereinigten Sendungen oder einzelne Inhaltsteile einer Sendung gebührenrechtlich nicht gleichwertig sind, ist die Beförderungsgebühr für die ganze Sendung auf Grund der gebührenrechtlich höchstwertigen Sendung (Inhaltsteil) zu entrichten. Für die gebührenrechtliche Wertung ist die für das Gesamtgewicht der Sendung in Betracht kommende Gewichtsstufe maßgebend.

§ 9. (1) Briefsendungen sind nach ihren besonderen Merkmalen den einzelnen Briefsendungsarten zuzuordnen.

(2) Briefsendungen, deren Inhaltsteile den Vorschriften über den Inhalt mehrerer Briefsendungsarten entsprechen, sind jener Briefsendungsart zuzuordnen, für die die höhere Gebühr zu entrichten ist und für die die sonstigen Bedingungen eingehalten sind.

(3) Gegen Entrichtung der Beförderungsgebühr für Briefe sind auch Briefsendungen, die nach ihren besonderen Merkmalen einer anderen Briefsendungsart zugeordnet werden können, als Briefe zu befördern.

Briefe werden gegenüber manchen gebührenermäßigten Sendungen mit Vorrang befördert. Dem Absender soll es nun ermöglicht werden, auch Sendungen, die ihrem Inhalt und ihrer Ausstattung nach einer gebührenbegünstigten Sendungsart zuzuordnen wären, als Briefe und damit bevorzugt befördern zu lassen.

## Antwortsendungen

## § 61 PO (außer letzter Satz):

Auf nichtbescheinigten Briefsendungen, auf denen eine gedruckte Anschrift und der gedruckte Vermerk „Postgebühr beim Empfänger einheben“ angebracht sind, haben die Postämter außer der nichtentrichteten Beförderungsgebühr auch die Einhebungsgebühr für Antwortsendungen zu vermerken und bei der Abgabe einzuheben:

§ 10. (1) 1. Antwortsendungen sind nichtbescheinigte Standardsendungen, auf denen eine gedruckte Anschrift und der gedruckte Vermerk „Postgebühr beim Empfänger einheben“ angebracht sind.

2. An Stelle des Vermerkes „Postgebühr beim Empfänger einheben“ darf auch ein anderer gedruckter Vermerk mit gleicher Bedeutung angebracht sein.

Für Antwortsendungen ist eine ermäßigte Einhebungsgebühr festgesetzt. Da diese Sendungen in der Regel in einer großen Anzahl aufgegeben werden (Preisausschreiben, Meinungsumfragen u. ä.), muß im Interesse einer einfachen und rationellen Beförderung eine Einschränkung auf Standardsendungen vorgenommen werden. Die Praxis hat gezeigt, daß

## 410 der Beilagen

21

## Bisheriger Text

## Neuer Text

## Begründung

Bei solchen Briefsendungen gilt der Empfänger als Absender und die Beförderungsgebühr als bei der Aufgabe entrichtet ...

(2) Bei Antwortsendungen gilt hinsichtlich ihrer gebührenrechtlichen Behandlung der Empfänger als Absender.

das Gewicht von Antwortsendungen fast immer unter 20 Gramm liegt.

Um zu vermeiden, daß wegen geringfügiger formeller Mängel im Gebührenvermerk (z. B. „Porto beim Empfänger einheben“) die Behandlung als Antwortsendung nicht zulässig wäre, sollen auch ähnliche Gebührenvermerke zugelassen werden.

Der Absender einer Antwortsendung darf darauf vertrauen, daß der Empfänger die Gebühren entrichtet. Da nach den Bestimmungen des Postgesetzes (§ 29) nur der Absender für nicht entrichtete Gebühren haftet, muß festgelegt werden, daß bei Antwortsendungen der Empfänger als Absender gilt.

## Briefe

## § 62 PO:

Briefe sind verschlossen aufgegebenene Briefsendungen. Offen oder unverpackt aufgegebenene Briefsendungen sind gebührenrechtlich und postdienstlich als Briefe zu behandeln, wenn sie nach ihren besonderen Merkmalen keine Geschäftsbriefe, Postkarten, Geschäftspostkarten, Drucksachen, Massendruck-sachen, Warenproben, Massenwarenprouben, Blindensendungen oder Zeitungen sind.

§ 11. Briefe im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Briefsendungen, die nach ihren besonderen Merkmalen keiner anderen Briefsendungsart zugeordnet werden können.

Der Begriff „Brief“ im Postrecht deckt sich mit dem im Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867, R.GBl. Nr. 142, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder sowie im Gesetz vom 6. April 1870, R.GBl. Nr. 42, zum Schutze des Brief- und Schriftengeheimnisses enthaltenen Begriff „Brief“ nur soweit, als es sich um verschlossene Briefe handelt.

## Postkarten

## § 64 PO:

Postkarten sind unverpackt aufgegebenene Karten, deren Ausmaße höchstens 15 × 10,7 Zentimeter und mindestens 10 × 7 Zentimeter betragen. Die Stärke der Postkarten darf jene der von der Post herausgegebenen nicht unter- und 1 Millimeter nicht überschreiten. Für die Anschrift muß mindestens die rechte Hälfte einer Seite vorbehalten sein. Als Postkarten sind auch Karten zugelassen, die einen für die Anschrift bestimmten Streifen im Ausmaß von höchstens der halben Postkarte

§ 12. (1) Postkarten sind unverpackt aufgegebenene rechteckige Karten mit folgenden Maßen:

1. Mindestmaße: Länge 14 Zentimeter, Breite 9 Zentimeter;
2. Höchstmaße: Länge 14,8 Zentimeter, Breite 10,5 Zentimeter.
3. Die Stärke darf jene der von der Post herausgegebenen Postkarten nicht unter- und 1 Millimeter nicht überschreiten.
4. Von den unter den Z. 1 und 2 angeführten Maßen darf bis

Um Schwierigkeiten bei der Auslegung vorzubeugen, soll ausdrücklich festgelegt werden, daß Postkarten rechteckig sein müssen. Die Maße sollen den Bestimmungen des Weltpostvertrages angeglichen werden.

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
aufweisen, der seiner ganzen Fläche nach auf der Postkarte aufgeklebt sein muß. Postkarten dürfen auch mit einer anhängenden Karte versendet werden (Doppelpostkarten). Auf der anhängenden Karte dürfen eine Anschrift und der Entwurf einer Mitteilung angebracht sein.	zu 2 Millimeter abgewichen werden. (2) Für die Anschrift, den Nachweis der Gebührenentrichtung, die postdienstlichen Vermerke und die Klebezettel muß mindestens die rechte Hälfte einer Seite vorbehalten sein. (3) Die Anschrift darf auch auf einem Streifen im Ausmaß der Länge und höchstens der halben Breite der Postkarte angebracht sein, der an seinen Längsseiten durchgehend auf der Postkarte befestigt ist.	Damit soll klargestellt werden, daß außer der Anschrift auf der für die Anschrift vorbehaltenen Hälfte auch die angeführten Angaben angebracht werden dürfen.  Die Neufassung soll den Erfordernissen der Wirtschaft Rechnung tragen.  Doppelpostkarten sind nach dem Weltpostvertrag nicht mehr zugelassen und sollen daher wegen der mit ihrer Behandlung verbundenen betrieblichen Schwierigkeiten auch im Inlandsdienst wegfallen.

#### Geschäftsbriefe

##### § 66 PO:

Geschäftsbriefe sind offen aufgegebene Briefsendungen, die Vordrucke mit nichtgedruckten Zusätzen geschäftlicher Art enthalten. Die nichtgedruckten Zusätze dürfen für sich allein keine oder nur eine kurze zusammenhängende Mitteilung ergeben. Auf der Anschriftseite von Geschäftsbriefen müssen eine gedruckte Absenderangabe und der gedruckte Vermerk „Geschäftsbrief“ angebracht sein. Den Geschäftsbriefen dürfen auch Durchschriften der in der Sendung enthaltenen Vordrucke beigelegt werden.

§ 13. (1) Geschäftsbriefe sind offen aufgegebene Briefsendungen, die ergänzte Vordrucke enthalten.

(2) 1. Auf der Anschriftseite müssen der gedruckte Vermerk „Geschäftsbrief“ und eine gedruckte Absenderangabe oder eine gedruckte Anschrift angebracht sein.

2. Auf Sendungen der Behörden und der Ämter darf statt des Vermerkes „Geschäftsbrief“ der gedruckte Vermerk „Amtliche Mitteilung“ angebracht sein.

Wie bei Geschäftspostkarten soll nun auch eine gedruckte Anschrift zugelassen sein.

##### § 250 PO:

Offen aufgegebene, nicht als Drucksachen zu behandelnde Briefsendungen der Behörden und Ämter mit dem gedruckten Vermerk „Amtliche Mitteilung“ sind, wenn sie sonst die besonderen Merkmale der Geschäftsbriefe oder Geschäftspostkarten aufweisen, gebührenrechtlich und postdienstlich als Geschäftsbriefe oder Geschäftspostkarten zu behandeln.

## 410 der Beilagen

23

## Bisheriger Text

## Neuer Text

## Begründung

(3) Auf den Vordrucken dürfen auch nichtgedruckte Zusätze geschäftlicher Art angebracht sein, die für sich allein keine oder nur eine kurze zusammenhängende Mitteilung ergeben.

(4) Den Geschäftsbriefen dürfen auch Gleichschriften der nichtgedruckten Zusätze beigelegt werden.

Statt „Durchschriften“ soll es „Gleichschriften“ heißen, um Kopien, die nicht auf Vordrucken hergestellt sind, gesetzlich zu decken.

## Geschäftspostkarten

## § 67 PO:

Geschäftspostkarten sind Postkarten, auf deren Anschriftseite eine gedruckte Absenderangabe oder eine gedruckte Anschrift und in deren Anschriftteil der gedruckte Vermerk „Geschäftspostkarte“ angebracht sind.

§ 14. (1) Geschäftspostkarten sind Postkarten, auf deren Anschriftseite der gedruckte Vermerk „Geschäftspostkarte“ und eine gedruckte Absenderangabe oder eine gedruckte Anschrift angebracht sind.

Die Anbringung des Vermerkes „Geschäftspostkarte“ soll nicht mehr auf den Anschriftteil beschränkt werden.

(2) Auf Geschäftspostkarten der Behörden und der Ämter darf statt des Vermerkes „Geschäftspostkarte“ der gedruckte Vermerk „Amtliche Mitteilung“ angebracht sein.

## § 250 PO:

Offen aufgegebene, nicht als Drucksachen zu behandelnde Briefsendungen der Behörden und Ämter mit dem gedruckten Vermerk „Amtliche Mitteilung“ sind, wenn sie sonst die besonderen Merkmale der Geschäftsbriefe oder Geschäftspostkarten aufweisen, gebührenrechtlich und postdienstlich als Geschäftsbriefe oder Geschäftspostkarten zu behandeln.

## Drucksachen

## § 69 PO:

Drucksachen sind offen aufgegebene Briefsendungen, die einen auf Papier oder papierähnlichem Material angebrachten Druck und, soweit nicht im folgenden ausdrücklich anderes bestimmt ist, keine nichtgedruckten, durchgestrichenen oder unterstrichenen Worte enthalten. Nichtgedruckte Ziffern und Zeichen sind zulässig, soweit sie nicht offensichtlich an Stelle verabredeter Worte angebracht sind.

§ 15. (1) Drucksachen sind offen aufgegebene Briefsendungen, die einen auf Papier oder papierähnlichem Material angebrachten Druck und nichtgedruckte Worte nur nach den Bestimmungen der Abs. 2 bis 4 enthalten.

Das Durch- oder Unterstreichen von Worten soll zulässig sein, da bisher durch Anheften der gleiche Erfolg erreicht werden konnte. Ob Ziffern und Zeichen an Stelle verabredeter Worte angebracht sind, kann nur schwer geprüft werden; diese Bestimmung soll daher nicht mehr aufgenommen werden.

## § 70 PO:

Auf Drucksachen dürfen der Aufgabebort, das Aufgabedatum, die Anschrift und die Absender-

(2) Auf Drucksachen dürfen nichtgedruckt angebracht werden:

Ob der Wortlaut eines Handstempels verändert werden kann, läßt sich schwer prüfen; diese

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
angabe außerhalb der gedruckten Mitteilung durch nichtgedruckte Zusätze angegeben werden. Außerdem sind Druckfehlerberichtigungen und Abdrucke mit einem Handstempel, dessen Wortlaut nicht verändert werden kann, zulässig.	1. der Aufgabeort, 2. das Aufgabedatum, 3. die Anschrift und die Absenderangabe außerhalb der gedruckten Mitteilung, 4. postdienstliche Vermerke, 5. Ziffern und Zeichen, 6. Druckfehlerberichtigungen und 7. Abdrucke eines Handstempels.	Bestimmung soll daher wegfallen.
§ 71 PO: Unverpackt aufgegebene Ansichts-, Glückwunsch- und Beileidskarten sowie Glückwunsch- und Beileidsbillets gelten als Drucksachen, wenn sie außer den zulässigen nichtgedruckten Zusätzen nicht mehr als fünf nichtgedruckte Worte enthalten. Grüne Erlagscheine und Einzahlungslochkarten des Österreichischen Postsparkassenamtes sowie Zahlscheine österreichischer Kreditunternehmungen, die nichtgedruckte Worte nur auf der Rückseite innerhalb eines dafür vom Kontoinhaber angebrachten Vordruckes enthalten, gelten gleichfalls als Drucksachen.	(3) Unverpackt aufgegebene Ansichts-, Glückwunsch- und Beileidskarten sowie Glückwunsch- und Beileidsbillets gelten als Drucksachen, wenn sie außer den zulässigen nichtgedruckten Zusätzen nicht mehr als fünf nichtgedruckte Worte enthalten. (4) 1. Erlagscheine und Einzahlungslochkarten der Österreichischen Postsparkasse, Zahlscheine österreichischer Kreditunternehmungen sowie Postanweisungen, die nichtgedruckte Worte innerhalb eines dafür angebrachten Vordruckes enthalten, gelten als Drucksachen.	Mit Rücksicht auf die Neugestaltung des Erlagscheines und des Zahlscheines sollen auch auf der Vorderseite nichtgedruckte Worte angebracht werden dürfen. Die Postanweisungen wurden in die Begünstigung einbezogen.
§ 251 PO: Die für Einzahlungen auf Postsparkassenkonten der Behörden und Ämter vorgesehenen flieferfarbenen Erlagscheine des Österreichischen Postsparkassenamtes mit oder ohne Allonge sind ohne Rücksicht auf die darauf angebrachten nichtgedruckten Worte gebührenrechtlich und postdienstlich als Drucksachen zu behandeln.	2. Die für Einzahlungen auf Postscheckkonten der Behörden und der Ämter vorgesehenen und entsprechend gekennzeichneten Erlagscheine der Österreichischen Postsparkasse mit oder ohne Allonge gelten ohne Rücksicht auf darauf angebrachte nichtgedruckte Worte als Drucksachen.	Die Neufassung wurde mit Rücksicht auf die Neugestaltung des Erlagscheines notwendig.
<b>Waren sendungen</b>		
§ 74 PO: Warenproben sind offen aufgegebene Briefsendungen mit einem Höchstgewicht von fünfhundert Gramm, die Waren oder Warenmuster enthalten. Der Aufgabeort, das Aufgabedatum, die Anschrift und die Absenderangabe sowie Angaben über die Ware und ihren Preis dürfen auch nichtgedruckt angebracht sein.	§ 16. (1) Waren sendungen sind offen aufgegebene Briefsendungen mit einem Höchstgewicht von fünfhundert Gramm, die Waren oder Warenmuster enthalten. (2) Waren sendungen dürfen auch einen bei Drucksachen zulässigen Inhalt und außerdem folgende nichtgedruckte Angaben enthalten: 1. die Anschrift und die Absenderangabe sowie 2. Angaben über die Ware und ihren Preis.	Statt „Warenprobe“ soll der für diese Sendungsart zutreffendere Begriff „Waren sendung“ eingeführt werden.



## 410 der Beilagen

25

## Bisheriger Text

## Neuer Text

## Begründung

**Massensendungen**  
(Massendricksachen  
und Massenwaren-  
sendungen)

§ 72 PO (außer vorletzter Satz):

Massendricksachen sind inhaltlich vollkommen gleiche Drucksachen mit einem Höchstgewicht von dreihundertfünfzig Gramm und einem Höchstaussmaß von  $33 \times 23 \times 5$  Zentimetern, bei Rollenform mit einer Länge von höchstens 33 Zentimetern und einem Durchmesser von höchstens 5 Zentimetern. Es müssen mindestens dreihundert Sendungen gleichzeitig am Postschalter aufgegeben werden. Massendricksachen, die sich nur durch Ordnungsnummern oder durch Angaben voneinander unterscheiden, die den Anschriften der Sendungen gleichen, gelten als inhaltlich vollkommen gleich... Auf den Sendungen muß der Vermerk „Postgebühr bar bezahlt“, in der Anschrift von Massendricksachen mit persönlicher Anschrift außerdem die Postleitzahl angebracht sein.

§ 75 PO (außer vorletzter Satz):

Massenwarenprouben sind inhaltlich vollkommen gleiche Warenproben mit einem Höchstgewicht von einhundertfünfzig Gramm und einem Höchstaussmaß von  $33 \times 23 \times 5$  Zentimetern, bei Rollenform mit einer Länge von höchstens 33 Zentimetern und einem Durchmesser von höchstens 5 Zentimetern. Es müssen mindestens dreihundert Sendungen gleichzeitig am Postschalter aufgegeben werden. Massenwarenprouben, die sich nur durch Ordnungsnummern oder durch Angaben voneinander unterscheiden, die den Anschriften der Sendungen gleichen, gelten als inhaltlich vollkommen gleich... Auf den Sendungen muß der Vermerk „Postgebühr bar bezahlt“, in der Anschrift von Massenwarenprouben mit persönlicher Anschrift außerdem die Postleitzahl angebracht sein.

§ 17. (1) Massendricksachen und Massenwarensendungen (Massensendungen) sind inhaltlich vollkommen gleiche Drucksachen bzw. Warensendungen, von denen mindestens dreihundert gleichzeitig beim Postschalter aufgegeben werden.

(2) Als inhaltlich vollkommen gleich gelten auch Drucksachen bzw. Warensendungen, die sich nur durch Ordnungsnummern oder durch Angaben, die den Anschriften der Sendungen gleichen, voneinander unterscheiden.

(3) Massendricksachen dürfen ein Höchstgewicht von dreihundertfünfzig Gramm, Massenwarensendungen ein Höchstgewicht von einhundertfünfzig Gramm nicht überschreiten.

(4) Für Massensendungen gelten folgende Höchstmaße:

1. Länge 33 Zentimeter, Breite 23 Zentimeter, Höhe 5 Zentimeter;
2. in Rollenform: Länge 33 Zentimeter, Durchmesser 5 Zentimeter.

(5) 1. Auf Massensendungen muß der Vermerk „Postgebühr bar bezahlt“ angebracht sein.

2. Die Anschrift von Massensendungen mit persönlicher Anschrift muß die Postleitzahl enthalten.

3. Massensendungen dürfen auch ohne Anschrift aufgegeben werden, wenn sie an jeder Abgabestelle eines bestimmten Gebietes abgegeben werden sollen.

4. Weniger als dreihundert Sendungen ohne Anschrift dürfen als Massensendungen aufgegeben werden, wenn die Gebühr für dreihundert Massensendungen entrichtet wird.

(6) 1. Massensendungen ohne Anschrift hat der Absender in Ortsbunden, auf denen die Anzahl der enthaltenen Sendungen sowie die Postleitzahl des Abgabepostamtes angebracht sind, aufzugeben.

Bei Massensendungen, die an jeder Abgabestelle abgegeben werden, soll die Anbringung der allgemein gehaltenen Anschrift „An einen Haushalt“ nicht mehr erforderlich sein.

Durch die Bestimmung in Z. 4 soll Absendern die Möglichkeit geboten werden, auch Gebiete mit weniger als dreihundert Abgabestellen mit Massensendungen zu erfassen.

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
<p>§ 105 PO (außer zweiter Satz):</p> <p>Massensendungen mit der allgemein gehaltenen Anschrift „An einen Haushalt“ hat der Absender in Ortsbunden, auf denen die Zahl der inliegenden Sendungen sowie die Postleitzahl des Abgabepostamtes anzubringen sind, am Postschalter aufzugeben .....</p> <p>... Massensendungen mit persönlicher Anschrift hat der Absender nach den Anweisungen des Aufgabepostamtes in Leitzonen-, Leitgebiets-, Leitstrecken- oder Ortsbunden, wenn sich die Sendungen aber nicht für die Bundbildung eignen, in entsprechenden Paketen oder Beuteln aufzugeben. Die Bunde mit Massensendungen, ausgenommen Restbunde, müssen je fünfzig oder hundert Sendungen enthalten.</p>	<p>2. Massensendungen mit persönlicher Anschrift hat der Absender in Orts-, Leitstrecken-, Leitgebiets- und Leitzonenbunden aufzugeben.</p> <p>3. Bunde, ausgenommen Restbunde, müssen je fünfzig oder hundert Sendungen enthalten.</p> <p>(7) 1. Massensendungen, die sich zur Bundbildung nicht eignen, sind im Sinne des Abs. 6 in Paketen oder Beuteln aufzugeben.</p> <p>2. Das Gewicht eines Paketes oder Beutels darf 25 Kilogramm nicht überschreiten.</p>	<p>Mit Rücksicht auf die betriebsdienstliche Behandlung soll für diese Pakete und Beutel ein Höchstgewicht festgelegt werden.</p>
<p>§ 106 PO, 2. Satz:</p> <p>... Das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen (Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung) kann durch Verlautbarung im Post- und Telegraphenverordnungsblatt Massensendungen in Zeiten einer erheblichen Zunahme des Postverkehrs von der Beförderung ausschließen.</p>	<p>(8) 1. Der Bundesminister für Verkehr kann Massensendungen in Zeiten einer erheblichen Zunahme des Postverkehrs von der Annahme ausschließen. Die Ausschließung ist im Post- und Telegraphenverordnungsblatt und im Amtsblatt zur Wiener Zeitung zu verlautbaren.</p> <p>2. Sendungen, die den Bedingungen für Massensendungen entsprechen, dürfen zu den unter Z. 1 angeführten Zeiten als Drucksachen bzw. als Warensendungen befördert werden.</p>	<p>Unvorhersehbare Ereignisse ausgenommen, sollen Massensendungen — wie in den letzten Jahren — nur in der Zeit vom 11. bis 31. Dezember eines jeden Jahres von der Annahme ausgeschlossen werden.</p> <p>Mit dieser Bestimmung soll es dem Absender ermöglicht werden, als Massensendungen ausgestattete Sendungen während der Annahmesperre durch die Post befördern zu lassen.</p>
<b>Blindensendungen</b>		
<p>§ 27 PG, 4. und 5. Satz:</p> <p>Postsendungen, die ausschließlich Mitteilungen in tastbarer Schrift oder Sachen enthalten, die der Herstellung solcher Mitteilungen dienen, sind ohne Einhebung einer Beförderungsgebühr zu befördern. Sachen, die der Vermittlung von Mitteilungen durch den Gehörsinn dienen, dürfen nur zwischen Blinden und den mit der Blindenbetreuung befaßten Einrichtungen (Blindenanstalten usw.) gebührenfrei befördert werden.</p>	<p>§ 18. (1) Blindensendungen sind offen aufgegebene Briefsendungen mit einem Höchstgewicht von sieben Kilogramm, die ausschließlich Mitteilungen in tastbarer Schrift oder Druckstöcke mit Blindenschriftzeichen enthalten.</p> <p>(2) Blindensendungen von oder an Blindenanstalten sowie von oder an Zentral- oder Landesstellen der Blindenorganisationen dürfen auch Tonaufnahmen oder für Blinde bestimmtes Spezialpapier enthalten.</p>	<p>Die Gebührenfreiheit ist im § 27 des Postgesetzes geregelt.</p>

## 410 der Beilagen

27

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
§ 76 PO: Blindensendungen sind offen aufgegebenen Briefsendungen mit einem Höchstgewicht von sieben Kilogramm, die ausschließlich Mitteilungen in tastbarer Schrift oder Druckstöcke mit Blindenschriftzeichen enthalten. Blindensendungen von oder an Blindenanstalten sowie von oder an Zentral- oder Landesstellen der Blindenorganisationen dürfen allein oder zusammen mit dem allgemein zulässigen Inhalt Tonaufnahmen oder ausschließlich für Blinde bestimmtes Spezialpapier enthalten. Auf Blindensendungen muß der Vermerk „Blindendruck“ angebracht sein. Blindensendungen sind von den Beförderungsgebühren befreit.	(3) Auf Blindensendungen muß der Vermerk „Blindensendung“ oder ein ähnlicher Vermerk angebracht sein.	An Stelle des Vermerkes „Blindendruck“ soll der Vermerk „Blindensendung“ oder ein ähnlicher Vermerk treten.

## Zeitungen

§ 226 PO: Tageszeitungen sind Zeitungen, die in der Regel sechsmal wöchentlich erscheinen; Wochenblätter sind Zeitungen, die im Jahresdurchschnitt mindestens einmal wöchentlich erscheinen; Monatsschriften sind Zeitungen, die mindestens einmal im Kalendervierteljahr erscheinen.	§ 19. (1) Tageszeitungen im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Druckschriften, die in der Regel mindestens fünfmal wöchentlich erscheinen. (2) Wochenblätter im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Druckschriften, die im Jahresdurchschnitt mindestens einmal wöchentlich erscheinen. (3) Monatsschriften im Sinne dieses Bundesgesetzes sind Druckschriften, die mindestens einmal im Kalendervierteljahr erscheinen.
--	---

## Voraussetzungen für die Zulassung zum Postzeitungsversand

§ 224 PO, 1. Satz: Zum Postzeitungsversand sind, soweit im folgenden nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, unter demselben Titel, in fortlaufenden Nummern mit verschiedenem Inhalt erscheinende periodische Druckschriften zuzulassen, die der Information über das Tagesgeschehen dienen oder dazu bestimmt sind, über Angelegenheiten der Religion, der Kultur, der Kunst, der Politik, der Wissenschaft, der	§ 20. (1) Zum Postzeitungsversand sind Zeitungen (Tageszeitungen, Wochenblätter und Monatsschriften) zuzulassen, die 1. unter demselben Titel, in fortlaufenden Nummern mit verschiedenem Inhalt erscheinen, 2. der Information über das Tagesgeschehen dienen oder dazu bestimmt sind, über Angelegenheiten der Religion, der Kultur, der Kunst, der Politik, der Wissenschaft, des Sportes oder des Vereinslebens	Die Worte „in presseüblicher Weise“ sollen eingefügt werden, um zu verhindern, daß für Druckschriften, die nicht dazu bestimmt sind, in presseüblicher Weise zu berichten, die äußerst ermäßigten Gebühren im Postzeitungsdienst in Anspruch genommen werden.
--	---	---

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
Wirtschaft, des Sportes oder des Vereinslebens zu berichten.	in presseüblicher Weise zu berichten.	
§ 225 PO (ausgenommen vorletzter Satz): Vom Postzeitungsversand sind Druckschriften ausgeschlossen, die nicht im Inland gedruckt, verlegt und herausgegeben werden, die seltener als einmal in einem Kalendervierteljahr erscheinen, von denen, ausgenommen Nachlieferungen, nicht mindestens dreihundert Stück gleichzeitig am Postschalter aufgegeben werden, deren Einzelgewicht samt Beilagen eintausend Gramm überschreitet, die eine allgemein gehaltene Anschrift oder nichtgedruckte Zusätze aufweisen. Das gleiche gilt für Teile eines zu einem abgeschlossenen Ganzen bestimmten Werkes, für Druckschriften, die zum Zweck der geschäftlichen Werbung, Ankündigung oder Empfehlung herausgegeben werden oder solchen Zwecken unmittelbar oder mittelbar dienen, sowie für Druckschriften, für die der Herausgeber oder Verleger vom Empfänger kein Entgelt verlangt und die nicht von Behörden und Ämtern oder Vereinen herausgegeben werden. .... ... Das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen (Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung) kann aus staatspolitischen Gründen Ausnahmen zulassen.	(2) Zum Postzeitungsversand sind auch inländische Gesetzes-, Verordnungs- und Amtsblätter entsprechend ihrer Erscheinungsweise (§ 19 der Anlage 1) zuzulassen. (3) Nicht zuzulassen sind Druckschriften, 1. die nicht im Inland gedruckt, verlegt und herausgegeben werden, 2. die Teile eines zu einem abgeschlossenen Ganzen bestimmten Werkes bilden, 3. die zum Zweck der geschäftlichen Werbung, Ankündigung oder Empfehlung herausgegeben werden oder solchen Zwecken unmittelbar oder mittelbar dienen und 4. für die der Herausgeber oder Verleger vom Empfänger kein Entgelt verlangt. (4) Abs. 3 Z. 4 ist nicht anzuwenden, wenn die Zeitung 1. von einer Behörde oder einem Amt herausgegeben wird, 2. von einer politischen Partei oder von einer ihrer Organisationen herausgegeben wird, 3. von einem Wahlwerber (einer wahlwerbenden Gruppe) für die Wahl des Bundespräsidenten, für Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern oder für Wahlen zu den satzungsgebenden Organen (Vertretungskörpern) der gesetzlichen beruflichen Vertretungen herausgegeben wird oder 4. von einem Verein herausgegeben und vorwiegend an Vereinsmitglieder versandt wird.	Da nach den Bestimmungen des Abs. 1 die hier angeführten Blätter zum Postzeitungsversand nicht zuzulassen wären, ist diese Bestimmung erforderlich.  Durch die Formulierung „aus staatspolitischen Gründen“ in der Postordnung ist der Inhalt dieser Bestimmung für das Vollzugsorgan nicht ausreichend bestimmt. Aus verfassungsrechtlichen Überlegungen scheint daher eine erschöpfende Aufzählung notwendig. Die Einschränkung bei Vereinszeitungen auf solche, die vorwiegend an Vereinsmitglieder versandt werden, soll eine dem Sinn dieser Bestimmung widersprechende Inanspruchnahme des Postzeitungsversandes ausschließen. Das Entgelt für Vereinszeitungen wird in der Regel über den Mitgliedsbeitrag entrichtet. Dies ist jedoch nicht der Fall, wenn ein Verein, der aus wenigen Personen besteht, eine große Zahl von Druckschriften versendet.

## 410 der Beilagen

29

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
	Zulassungsverfahren für Zeitungen; Änderungen; Widerruf	
§ 228 PO (außer vorletzter und letzter Satz):  Die Zulassung einer Zeitung zum Postzeitungsversand ist vom Herausgeber oder Verleger bei jener Post- und Telegraphendirektion schriftlich zu beantragen, in deren Bereich das für den Verlagsort zuständige Abgabepostamt (Verlagspostamt) liegt. Dabei sind der Titel der Zeitung, der Name und Wohnort des Herausgebers und Verlegers, der Erscheinungsort und die Erscheinungsweise sowie das Postamt (die Postämter) anzugeben, bei dem die Zeitung aufgegeben werden soll. Dem Antrag sind zwei Probestücke anzuschließen. Die Post- und Telegraphendirektionen sind berechtigt, von den Herausgebern und Verlegern Nachweise oder gutachtliche Stellungnahmen zu verlangen, soweit dies zur Feststellung erforderlich ist, ob die Voraussetzungen für die Zulassung zum Postzeitungsversand vorliegen. Wird dem Antrag stattgegeben, hat die Post- und Telegraphendirektion in ihrem Bescheid auch den Zeitpunkt zu bestimmen, ab dem die Druckschrift als Zeitung aufgegeben werden darf ...	§ 21. (1) Die Zulassung einer Zeitung zum Postzeitungsversand ist vom Herausgeber oder Verleger bei jener Postbehörde I. Instanz schriftlich zu beantragen, in deren Bereich das für den Verlagsort zuständige Abgabepostamt (Verlagspostamt) liegt.  (2) Im Antrag sind 1. der Titel der Zeitung, 2. der Name und der Wohnort des Herausgebers und des Verlegers, 3. der Erscheinungsort, 4. die Erscheinungsweise und 5. das Postamt (die Postämter), bei dem (bei denen) die Zeitung aufgegeben werden soll, anzugeben.  (3) Dem Antrag sind zwei Probestücke einer Nummer anzuschließen.  (4) Die Postbehörde ist berechtigt, vom Herausgeber oder Verleger Nachweise oder gutachtliche Stellungnahmen zu verlangen, wenn dies zur Entscheidung, ob die Voraussetzungen für die Zulassung zum Postzeitungsversand vorliegen, erforderlich ist.	Für die Festsetzung des Zeitpunktes, ab dem die Aufgabe als Zeitung erfolgen darf, gelten die Bestimmungen des AVG.
§ 228 PO, vorletzter und letzter Satz:  ... Jede Änderung in den Angaben des Zulassungsantrages ist der Post- und Telegraphendirektion unverzüglich bekanntzugeben. Die Zulassung einer Zeitung zum Postzeitungsversand kann widerrufen werden, wenn der Herausgeber (Verleger) die Bedingungen für den Postzeitungsversand trotz vorangegangener schriftlicher Ermahnung nicht einhält.	(5) Jede Änderung in den Angaben des Zulassungsantrages ist der Postbehörde I. Instanz unverzüglich schriftlich bekanntzugeben.  (6) Die Zulassung einer Zeitung zum Postzeitungsversand ist zu widerrufen, wenn der Herausgeber (Verleger) die Bedingungen für den Postzeitungsversand (§§ 19 und 20 der Anlage 1) trotz schriftlicher Ermahnung durch die Postbehörde I. Instanz nicht einhält.	

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
	(7) Wird von einer zum Postzeitungsversand zugelassenen Zeitung nur eine Nummer mit der Post versendet, ist, wenn die entrichteten Beförderungsgebühren für Zeitungen geringer waren, die Gebühr für Massendrucksa chen mit persönlicher Anschrift zu entrichten. Hiebei ist bei einem Gewicht der Zeitungssendung über 350 Gramm der Gewichtssatz „bis 350 Gramm“ anzuwenden.	Die günstigen Gebühren für Zeitungen sollen nur dann angewendet werden, wenn eine Druckschrift regelmäßig mit der Post versendet wird.
	Ausstattung von Zeitungssendungen; Zeitungsbeilagen	
§ 224 PO, 2. und 3. Satz: ... Auf der Zeitungssendung, bei unverpackter Aufgabe auf dem ersten oder letzten Blatt der Druckschrift, müssen der Vermerk „P. b. b.“, der Erscheinungsort und die Bezeichnung des Verlagspostamtes sowie dessen Postleitzahl, wenn diese nicht aus der Bezeichnung des Verlagspostamtes hervorgeht, auffällig angegeben sein. Die Anschrift der Zeitungssendungen muß die Postleitzahl enthalten ...	(§ 22. (1) Auf der Zeitungssendung, bei unverpackter Aufgabe auf dem ersten oder letzten Blatt der Zeitung, müssen 1. der Vermerk „P. b. b.“, 2. der Erscheinungsort und 3. die Bezeichnung des Verlagspostamtes sowie dessen Postleitzahl, wenn diese nicht aus der Bezeichnung des Verlagspostamtes hervorgeht, auffällig angegeben sein. (2) Die persönliche Anschrift der Zeitungssendung muß die Postleitzahl enthalten.	
§ 229 PO, teilweise: Tageszeitungen und Wochenblätter dürfen ohne Anschrift versandt werden, wenn ... Monatsschriften sind von der Post- und Telegraphendirektion dann zum anschriftlosen Versand zuzulassen, wenn die Postauflage mindestens 60.000 Stück beträgt.	(3) 1. Tageszeitungen und Wochenblätter dürfen anschriftslos versandt werden. 2. Monatsschriften sind von der Postbehörde I. Instanz zum anschriftlosen Versand zuzulassen, wenn mindestens 60.000 Stück einer jeden Nummer bei der Post aufgegeben werden.	
§ 225 PO: Vom Postzeitungsversand sind Druckschriften ausgeschlossen, ... die eine allgemein gehaltene Anschrift ... aufweisen ..... Das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen (Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung) kann aus staatspolitischen Gründen Ausnahmen zulassen.	(4) Die Postbehörde I. Instanz hat über schriftlichen Antrag für bestimmte Nummern einer Zeitung die allgemein gehaltene Anschrift „An einen Haushalt“ zuzulassen, wenn die Zeitung von 1. einem obersten Organ des Bundes oder der Länder, 2. einem Bundesministerium oder einem Amt der Landesregierung, 3. einer Gemeinde, 4. einer gesetzlichen beruflichen Vertretung,	Hier gilt das in den ersten beiden Sätzen zu § 20 Abs. 4 Gesagte sinngemäß.

## 410 der Beilagen

31

## Bisheriger Text

## Neuer Text

## Begründung

5. einer politischen Partei oder einer ihrer Organisationen oder

6. einem Wahlwerber (einer wahlwerbenden Gruppe) für die Wahl des Bundespräsidenten, für Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern oder für Wahlen zu den satzungsgebenden Organen (Vertretungskörpern) der gesetzlichen beruflichen Vertretungen

herausgegeben wird.

(5) 1. Die Postbehörde I. Instanz hat über schriftlichen Antrag für einen Teil der Auflage bestimmter Nummern einer Zeitung, die nicht unter die Bestimmungen des Abs. 4 fällt, auch die allgemein gehaltene Anschrift „An einen Haushalt“ zuzulassen.

2. Die Zeitungssendungen müssen den mit einer persönlichen Anschrift oder anschriftslos versandten Zeitungssendungen der selben Nummer — ausgenommen Beilagen — inhaltlich vollkommen gleichen.

3. Sondernummern sind ausgeschlossen.

4. Im Antrag sind das Postamt (die Postämter), bei dem (bei denen) die Zeitungssendungen aufgegeben werden sollen, die Anzahl der Sendungen jeder Nummer und der Tag (die Tage) der Aufgabe anzugeben.

Durch die Bestimmungen des Abs. 5 soll Zeitungen mit echter Berichtsfunktion die Versendung „An einen Haushalt“ ermöglicht werden.

## § 224 PO:

... Den Zeitungen dürfen Abbildungen und Muster beigegeben werden, die mit den Zeitungen fest verbunden und nicht stärker als 1 Millimeter sind.

(6) Der Zeitung dürfen Abbildungen und Muster beigegeben werden, die mit ihr fest verbunden und nicht stärker als 1 Millimeter sind.

## § 233 PO ab 4. Satz:

... Die fremden Beilagen und die vom Herausgeber herrührenden Beilagen (eigene Beilagen), ausgenommen solche, die als ein wesentlicher Bestandteil der Zeitung anzusehen sind (redaktionelle Beilagen), dürfen einzeln oder zusammen nicht schwerer als vierzig Gramm

(7) Der Zeitung dürfen  
1. gedruckte Beilagen des Herausgebers, die dem § 20 Abs. 1 Z. 2 der Anlage 1 entsprechen (redaktionelle Beilagen),  
2. sonstige gedruckte Beilagen des Herausgebers (eigene Beilagen) und

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
sein. Auf den beigelegten Druckschriften (Zeitungsbeilagen) dürfen Abbildungen oder Muster angebracht sein. Die Abbildungen oder das Muster darf das Gewicht einer solchen Druckschrift und die Stärke von 1 Millimeter nicht überschreiten.	3. gedruckte Beilagen, die auf Bestellung anderer Personen oder Einrichtungen versendet werden (fremde Beilagen), beigegeben werden.	
§ 225 PO: ... ausgeschlossen, ... deren Einzelgewicht samt Beilagen eintausend Gramm überschreitet ...	(8) Auf den gedruckten Beilagen (Zeitungsbeilagen) dürfen Abbildungen und Muster mit einer Stärke von höchstens einem Millimeter angebracht sein. Die Abbildungen und Muster zusammen dürfen das Gewicht der Beilage nicht überschreiten.  (9) Das Gewicht der eigenen und fremden Beilagen einschließlich der Abbildungen und Muster darf zusammen 40 Gramm nicht überschreiten.  (10) Das Gewicht der Zeitungssendung (Zeitung samt Beilagen und Verpackung) darf ein Kilogramm nicht überschreiten.	
§ 225 PO: „... von denen, ausgenommen Nachlieferungen, nicht mindestens dreihundert Stück gleichzeitig am Postschalter aufgegeben werden ...“	Aufgabe von Zeitungen  § 23. (1) Zeitungen sind in einer Anzahl von mindestens dreihundert Stück (ausgenommen Nachlieferungen), die inhaltlich vollkommen gleich sind, gleichzeitig beim Postschalter aufzugeben.	
§ 231 PO, vorletzter (teilweise) und letzter Satz:  Die Zeitungssendungen sind nach den Anweisungen des Aufgabepostamtes in Leitzonen, Leitgebiets-, Leitstrecken- und Ortsbunden aufzugeben. Mehrere Bunde sind zu einem Paket oder in einem Beutel zu vereinigen. Das Gewicht eines Zeitungsbundes, -paketes oder -beutels darf fünfundzwanzig Kilogramm nicht überschreiten.	(2) 1. Zeitungen sind in Orts-, Leitstrecken-, Leitgebiets- und Leitzonenbunden aufzugeben.  2. Mehrere Bunde sind zu einem Paket oder in einem Beutel zu vereinigen.  3. Das Gewicht eines Zeitungsbundes, -paketes oder -beutels darf fünfundzwanzig Kilogramm nicht überschreiten.	
§ 232 PO: Auf den Zeitungsbunden, -paketen oder -beuteln sind entsprechend ihrem Inhalt die Leitzone, das Leitgebiet, die Leitstrecke oder der Leitort sowie die Anzahl der enthaltenen Sendungen anzugeben. Verschiedene	(3) Auf den Zeitungsbunden, -paketen oder -beuteln sind entsprechend ihrem Inhalt der Leitort, die Leitstrecke, das Leitgebiet oder die Leitzone sowie die Anzahl der enthaltenen Sendungen anzugeben.	



## 410 der Beilagen

33

## Bisheriger Text

## Neuer Text

## Begründung

Zeitungssendungen dürfen nur dann zu einem Bund, Paket oder Beutel vereinigt werden, wenn die Beförderungsgebühr für jede Zeitungsnummer nach dem Gesamtgewicht der Auflieferung zu ermitteln ist.

(4) Verschiedene Zeitungssendungen dürfen nur dann zu einem Bund, Paket oder Beutel vereinigt werden, wenn jede Zeitungssendung schwerer als 30 Gramm ist.

Bei Zeitungssendungen bis 30 Gramm wird die Beförderungsgebühr nach der Stückzahl, bei Sendungen über 30 Gramm nach dem Gesamtgewicht ermittelt.

## Ermittlung der Gebühren bei Zeitungen

## § 233 PO:

Bei der Ermittlung der zu entrichtenden Zeitungsbeförderungsgebühren ist das Gewicht der den Zeitungsnummern allenfalls beigelegten Druckschriften (Zeitungsbeilagen) sowie die Verpackung miteinzubeziehen. Bei Zeitungsbeilagen, die der Verleger auf Bestellung anderer Personen oder Einrichtungen mit der Zeitung versendet (fremde Beilagen), ist außerdem die Zeitungsbeilagengebühr für jede einzelne Beilage zu entrichten. Mehrere unter Umschlag beigelegte oder durch Heften oder Kleben fest zusammengehaltene Druckschriften gelten als eine Beilage, wenn sie von einem Auftraggeber stammen und mit ihnen nur für ein Unternehmen geworben wird ...

§ 24. (1) Bei der Ermittlung der zu entrichtenden Beförderungsgebühren für Zeitungen ist das Gewicht von Beilagen sowie der Verpackung miteinzubeziehen.

(2) 1. Für fremde Beilagen ist außerdem die Zeitungsbeilagengebühr für jede einzelne Beilage zu entrichten.

2. Mehrere unter einem Umschlag beigelegte oder miteinander fest verbundene fremde Beilagen gelten als eine Zeitungsbeilage, wenn sie von einem Auftraggeber stammen und mit ihnen nur für ein Unternehmen geworben wird.

## Pakete

## § 79 PO:

Zur Beförderung als Pakete sind, soweit nicht die Anlage 1 anderes bestimmt, Postsendungen zugelassen, deren Gewicht 25 Kilogramm nicht überschreitet. Pakete dürfen an den Empfänger des Paketes gerichtete schriftliche Mitteilungen enthalten. Bei Paketen ist die Aufgabe vom Postamt und die Übernahme vom Empfänger zu bestätigen, soweit nicht im folgenden ausdrücklich anderes bestimmt ist.

§ 25. (1) Pakete sind bescheinigte Sendungen, deren Gewicht 25 Kilogramm nicht überschreitet.

Es muß nicht ausdrücklich normiert werden, daß schriftliche Mitteilungen in Paketen zulässig sind. Die Aufnahme dieser Bestimmung in die Postordnung hatte historische Gründe. Der letzte Satz des § 79 PO ist nicht mehr erforderlich, da im Abs. 1 klargestellt wird, daß Pakete bescheinigte Sendungen sind.

## § 127 PO, teilweise:

Pakete, die in einer Ausdehnung zwei Meter oder in allen Ausdehnungen zusammen drei Meter überschreiten, sowie Pa-

(2) Pakete, die

1. in einer Ausdehnung zwei Meter oder in allen Ausdehnungen zusammen drei Meter überschreiten oder

Die Bestimmungen über die Sperrgutbehandlung von Paketen, die eine besonders vorsichtige Behandlung verlangen, sowie die in der Anlage 1 zur

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
kete, die wegen ihrer Form oder Beschaffenheit einen unverhältnismäßig großen Raum oder eine besonders vorsichtige Behandlung verlangen, ... müssen als sperrige Pakete aufgegeben werden.	2. wegen ihrer Form oder Beschaffenheit einen unverhältnismäßig großen Raum verlangen, müssen als „Sperrgut“ aufgegeben werden.	Postordnung vorgeschriebene sperrige Behandlung ist als Beförderungsbedingung weiterhin in der Postordnung geregelt.
§ 80 PO:		
Absender, die mindestens zehn Pakete gleichzeitig nach Orten im Inland aufgeben, erhalten eine Ermäßigung der Paketbeförderungsgebühren in dem in der Postgebührenordnung festgesetzten Ausmaß. Voraussetzung dafür ist, daß die Postgebühren bei der Aufgabe entrichtet werden, die Pakete in ein Postaufgabebuch (einen Postaufgabebogen) eingetragen werden und die laufende Nummer des Postaufgabebuches (-bogens) auf den Paketen angegeben wird.	(3) Eine Ermäßigung der Paketbeförderungsgebühren in dem im § 10 Z. 3 der Anlage 2 festgesetzten Ausmaß ist zu gewähren, wenn 1. mindestens zehn Pakete gleichzeitig nach Orten im Inland aufgegeben werden, 2. die Pakete in einem Postaufgabebuch (Postaufgabebogen) eingetragen sind und die laufende Nummer des Postaufgabebuches (-bogens) auf den Paketen angegeben ist und 3. die Paketbeförderungsgebühren bei der Aufgabe entrichtet werden.	

### Gegenüberstellung zur Anlage 2 der Postgesetznovelle

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung																								
§ 1 PGO: Briefe:	§ 1. Beförderungsgebühren für Briefe:																									
<table><tr><th>Gewichtsstufen bis Gramm</th><th>Gebühren Schilling</th></tr><tr><td>(20 .....</td><td>2'—)*)</td></tr><tr><td>250 .....</td><td>3'—</td></tr><tr><td>500 .....</td><td>4'—</td></tr><tr><td>1000 .....</td><td>6'—</td></tr><tr><td>2000 .....</td><td>9'—</td></tr></table>	Gewichtsstufen bis Gramm	Gebühren Schilling	(20 .....	2'—)*)	250 .....	3'—	500 .....	4'—	1000 .....	6'—	2000 .....	9'—	<table><tr><th>Gewichtsstufen bis Gramm</th><th>Gebühr je Sendung Schilling</th></tr><tr><td>Standardsendungen ..</td><td>2'—</td></tr><tr><td>250 .....</td><td>3'—</td></tr><tr><td>500 .....</td><td>4'—</td></tr><tr><td>1000 .....</td><td>6'—</td></tr><tr><td>2000 .....</td><td>9'—</td></tr></table>	Gewichtsstufen bis Gramm	Gebühr je Sendung Schilling	Standardsendungen ..	2'—	250 .....	3'—	500 .....	4'—	1000 .....	6'—	2000 .....	9'—	
Gewichtsstufen bis Gramm	Gebühren Schilling																									
(20 .....	2'—)*)																									
250 .....	3'—																									
500 .....	4'—																									
1000 .....	6'—																									
2000 .....	9'—																									
Gewichtsstufen bis Gramm	Gebühr je Sendung Schilling																									
Standardsendungen ..	2'—																									
250 .....	3'—																									
500 .....	4'—																									
1000 .....	6'—																									
2000 .....	9'—																									
§ 2 PGO:	§ 2. Beförderungsgebühr für Postkarten:																									
<table><tr><th>Postkarten .....</th><th>Schilling</th></tr><tr><td></td><td>1'50</td></tr></table>	Postkarten .....	Schilling		1'50	<table><tr><th>Je Postkarte .....</th><th>Gebühr Schilling</th></tr><tr><td></td><td>1'50</td></tr></table>	Je Postkarte .....	Gebühr Schilling		1'50																	
Postkarten .....	Schilling																									
	1'50																									
Je Postkarte .....	Gebühr Schilling																									
	1'50																									

\*) Auf Grund des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom 16. Oktober 1970, Zl. G 9/70-11, V 3, 4, 5/70, mit Wirksamkeit vom 1. April 1971 aufgehoben (BGBl. Nr. 366/1970).

# Bisheriger Text

# Neuer Text

## § 3 PGO:

### Geschäftsbriefe:

Gewichtsstufen bis Gramm	Gebühren Schilling
50 .....	1'30
250 .....	2'—
500 .....	3'—
1000 .....	4'50
2000 .....	7'—

## § 3. Beförderungsgebühren für Geschäftsbriefe:

Gebühr je Sendung Schilling	
Standardsendungen 1'30	
Gewichtsstufen bis Gramm	
250 .....	2'—
500 .....	3'—
1000 .....	4'50
2000 .....	7'—

## § 4 PGO:

### Geschäftspostkarten . 1'—

## § 4. Beförderungsgebühr für Geschäftspostkarten:

Gebühr Schilling	
Je Geschäftspostkarte	1'—

## § 5 PGO:

### Drucksachen:

Gewichtsstufen bis Gramm	Gebühren Schilling
50 .....	0'70
250 .....	1'30
500 .....	2'—
1000 .....	3'50
2000 .....	6'—

## § 5. Beförderungsgebühren für Drucksachen:

Gebühr je Sendung Schilling	
Standardsendungen 0'70	
Gewichtsstufen bis Gramm	
250 .....	1'30
500 .....	2'—
1000 .....	3'50
2000 .....	6'—

## § 7 PGO:

### Warenproben:

Gewichtsstufen bis Gramm	Gebühren Schilling
50 .....	1'30
250 .....	2'—
500 .....	3'—

## § 6. Beförderungsgebühren für Warensendungen:

Gebühr je Sendung Schilling	
Standardsendungen 1'30	
Gewichtsstufen bis Gramm	
250 .....	2'—
500 .....	3'—

## § 6 PGO, Massendrucksachen:

## § 7. Beförderungsgebühren für Massendrucksachen:

Bei gleichzeitiger Aufgabe von mindestens	mit allgemein gehaltener Anschrift			Bei gleichzeitiger Aufgabe von mindestens	ohne Anschrift		
	Gewichtsstufen bis Gramm				Standard-sen-dun-gen	Gewichtsstufen bis Gramm	
						250	350
	Gebühren Schilling				Gebühr je Sendung Schilling		
300 Sendungen je Stück	0.55	1.10	1.50	300 Sendungen	0.55	1.10	1.50
1.000 Sendungen 10.000 Sendungen 100.000 Sendungen 250.000 Sendungen	Hundertsätze der Ermäßigung vom Gesamtbetrag			1.000 Sendungen 10.000 Sendungen 100.000 Sendungen 250.000 Sendungen	Hundertsätze der Ermäßigung vom Gesamtbetrag		
	5				5		
	15				15		
	25				25		
	30				30		

Bisheriger Text

Neuer Text

Begründung

Bei gleichzeitiger Aufgabe von mindestens	mit persönlicher Anschrift			Bei gleichzeitiger Aufgabe von mindestens	mit persönlicher Anschrift		
	Gewichtsstufen bis Gramm				Standard- sendun- gen	Gewichtsstufen bis Gramm	
						250	350
	Gebühren Schilling				Gebühr je Sendung Schilling		
300 Sendungen je Stück	0-65	1-20	1-65	300 Sendungen	0-65	1-20	1-65
1.000 Sendungen 10.000 Sendungen 100.000 Sendungen 250.000 Sendungen	Hundertsätze der Er- mäßigung vom Gesamt- betrag			1.000 Sendungen 10.000 Sendungen 100.000 Sendungen 250.000 Sendungen	Hundertsätze der Er- mäßigung vom Gesamt- betrag		
	5				5		
	15				15		
	25				25		
	30				30		

§ 19 PO:

„... aufgerundet auf volle zehn Groschen ...“

Die Beförderungsgebühren sind — nach Abzug der Ermäßigung — auf volle zehn Groschen aufgerundet zu entrichten.

Die gebührenrechtliche Bestimmung der Postordnung über die Aufrundung soll nun nur bei den in Betracht kommenden Sendungsarten angeführt werden.

§ 8 PGO, Massenwarenproben:

§ 8. Beförderungsgebühren für Massenwarensendungen:

Bei gleichzeitiger Aufgabe von mindestens	mit allgemein gehaltener Anschrift			Bei gleichzeitiger Aufgabe von mindestens	ohne Anschrift		
	Gewichtsstufen bis Gramm				Standard-sen-dun-gen	Gewichtsstufen bis Gramm	
	50	100	150			100	150
	Gebühren Schilling				Gebühr je Sendung Schilling		
300 Sendungen je Stück	0-90	1-10	1-30	300 Sendungen	0-90	1-10	1-30
1.000 Sendungen 10.000 Sendungen 100.000 Sendungen 250.000 Sendungen	Hundertsätze der Ermäßigung vom Gesamtbetrag			1.000 Sendungen 10.000 Sendungen 100.000 Sendungen 250.000 Sendungen	Hundertsätze der Ermäßigung vom Gesamtbetrag		
	5				5		
	15				15		
	25				25		
	30				30		

Bei gleichzeitiger Aufgabe von mindestens	mit persönlicher Anschrift			Bei gleichzeitiger Aufgabe von mindestens	mit persönlicher Anschrift		
	Gewichtsstufen bis Gramm				Standard-sen-dun-gen	Gewichtsstufen bis Gramm	
	50	100	150			100	150
	Gebühren Schilling				Gebühr je Sendung Schilling		
300 Sendungen je Stück	1—	1-20	1-40	300 Sendungen	1—	1-20	1-40
1.000 Sendungen 10.000 Sendungen 100.000 Sendungen 250.000 Sendungen	Hundertsätze der Ermäßigung vom Gesamtbetrag			1.000 Sendungen 10.000 Sendungen 100.000 Sendungen 250.000 Sendungen	Hundertsätze der Ermäßigung vom Gesamtbetrag		
	5				5		
	15				15		
	25				25		
	30				30		

§ 19 PO:

„... aufgerundet auf volle zehn Groschen ...“

Die Beförderungsgebühren sind nach Abzug der Ermäßigung auf volle zehn Groschen aufgerundet zu entrichten.

Die gebührenrechtliche Bestimmung der Postordnung über die Aufrundung soll nun nur bei den in Betracht kommenden Sendungsarten angeführt werden.

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
§ 9 PGO: Zeitungen:	§ 9. Zeitungen: <div>Schilling</div>	
<div>Gebühren Schilling</div> <div>a) Im Einzelgewicht bis 30 g für jedes Stück ..... 0'15</div> <div>b) Im Einzelgewicht von mehr als 30 g für jedes Kilo- gramm ..... 4'50</div> <div>c) Beilagen je Stück . 0'15</div>	1. Beförderungsgebühren 1.1. Gewicht der Sendung bis 30 Gramm: je Sendung .... 0'15 1.2. Gewicht der Sendung über 30 Gramm: je Kilogramm .. 4'50 2. Zeitungsbeilagegebühr je Beilage ..... 0'15	
§ 19 PO: „... aufgerundet auf volle zehn Groschen ...“	3. Die Gesamtgebühren sind auf volle 10 Groschen aufgerun- det zu entrichten.	Die gebührenrechtliche Be- stimmung der Postordnung über die Aufrundung soll nun nur bei den in Betracht kom- menden Sendungsarten ange- führt werden.

§ 10 PGO: Bescheinigte Pakete:	§ 10. Pakete:
1. Beförderung	1. Beförderungsgebühr je Paket

Gewichts- stufen	1. Zone	2. Zone	Gewichts- stufen	1. Zone	2. Zone
	Aufgabe- und Abgabepostamt in der gleichen oder einer an- grenzenden Leitzone*)**)	Aufgabe- und Abgabepostamt nicht in der gleichen oder einer angren- zenden Leitz- zone*)**)		Aufgabe- und Abgabepostamt in der gleichen oder einer an- grenzenden Leitzzone	Aufgabe- und Abgabepostamt nicht in der gleichen oder einer an grenzenden Leitzzone
Gebühren Schilling			Gebühren Schilling		
bis 1 kg	5.—	7.—	bis 1 kg	5.—	7.—
für jedes wei- tere angefan- gene kg	1.—	1.—	für jedes wei- tere angefan- gene kg	1.—	1.—

- \*) Aus der Tausenderstelle der Postleitzahl ersichtlich

\*\*) Die Leitzonen 1, 2 und 3 gelten im Sinne dieser Verordnung als eine Leitzone
2. Die Leitzonen 1, 2 und 3 gel-  
ten für die Gebührenbemes-  
sung als eine Leitzone.

3. Ermäßigung der Beförde-  
rungsgebühren 10 vom Hun-  
dert.

§ 11 PGO: Übermittlung eines Geldbetrages mit Postanweisung:	§ 11. Postanweisungen: Postanweisungsgebühr je Geldbetrag
<div>bis Schilling</div> <div>50 ..... 1'50</div> <div>100 ..... 2'—</div> <div>200 ..... 2'50</div> <div>500 ..... 3'50</div> <div>1000 ..... 5'—</div> <div>für je weitere 500 S mehr um .... 1'50</div>	<div>Schilling</div> <div>50 ..... 1'50</div> <div>100 ..... 2'—</div> <div>200 ..... 2'50</div> <div>500 ..... 3'50</div> <div>1000 ..... 5'—</div> <div>für je weitere 500 S mehr um ..... 1'50</div>

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
<p>§ 12 PGO:</p> <p>3. Einziehung von Geldbeträgen durch Nachnahme</p> <p style="text-align: right;">Gebühren Schilling 1'50</p>	<p>§ 12. Nachnahmen:</p> <p style="text-align: right;">Schilling</p> <p>Einziehungsgebühr je Geldbetrag ..... 2'—</p>	<p>Die Einziehung eines Nachnahmebetrages (ohne Verrechnung) kostet der Post S 2'37. Die Einziehungsgebühr soll daher auf S 2'— erhöht werden.</p> <p>Durch die Gebührenregulierung sind für die Monate Oktober bis Dezember 1971 Mehreinnahmen von zirka 900.000 S zu erwarten.</p>
<p>§ 12 PGO:</p> <p>Einziehung von Geldbeträgen:</p> <p>1. Postauftrag unter Umschlag ..... Gebühr für einen eingeschriebenen Brief</p> <p style="text-align: right;">Gebühren Schilling 1'50</p> <p>2. Postauftrag offen ... 1'50</p> <p>3. Einziehung von Geldbeträgen durch Postauftrag ..... 1'50</p> <p>4. Vorankündigung der Einziehung bei Postaufträgen ..... 1'—</p>	<p>§ 13. Postaufträge:</p> <p style="text-align: right;">Gebühren Schilling</p> <p>1. Postauftrag unter Umschlag, eingeschrieben ..... 6'—</p> <p>2. Postauftrag offen .. 1'50</p> <p>3. Einziehung von Geldbeträgen durch Postauftrag ..... 2'—</p>	<p>Die Gebühr für einen Postauftrag unter Umschlag soll ziffernmäßig festgesetzt werden (S 6'— = Gebühr für einen eingeschriebenen Brief der ersten Gewichtsstufe). Die Einziehung eines Geldbetrages durch Postauftrag (ohne Verrechnung) kostet der Post S 2'37. Die Einziehungsgebühr soll daher auf S 2'— erhöht werden. Durch die Gebührenregulierung sind für die Monate Oktober bis Dezember 1971 Mehreinnahmen von zirka 190.000 S zu erwarten.</p> <p>Vorankündigungen sind schon durch die 3. PO-Novelle (BGBl. Nr. 291/1968) weggefallen.</p>
<p>§ 12 PGO:</p> <p>5. Einziehung von Zeitungsbezugsgeldern je Zahlungsbestätigung</p> <p style="text-align: right;">Gebühren Schilling 0'80</p>	<p>§ 14. Zeitungsbezugsgelder:</p> <p style="text-align: right;">Schilling</p> <p>Einziehungsgebühr je Zahlungsbestätigung 1'—</p>	<p>Die Einziehung eines Zeitungsbezugsgeldes (ohne Verrechnung!) kostet der Post S 2'37. Die Einziehungsgebühr soll daher auf S 1'— erhöht werden.</p> <p>Durch die Gebührenregulierung sind für die Monate Oktober bis Dezember 1971 Mehreinnahmen von zirka 200.000 S zu erwarten.</p>
<p>§ 15 PGO:</p> <p style="text-align: right;">Gebühren Schilling</p> <p>Einschreibgebühr ... 4'—</p>	<p>§ 15. Sonderbehandlungsgebühren:</p> <p style="text-align: right;">Schilling</p> <p>1. Einschreibgebühr ... 4'—</p> <p>2. Wertgebühr:</p> <p>Soweit die Wertangabe bei einer Sendung</p> <p>bis 3 kg ..... S 120'—</p> <p>bei einem Paket bis 5 kg ..... S 200'—</p> <p>bei einem Paket bis 10 kg ..... S 400'—</p> <p>bei einem Paket bis 15 kg ..... S 600'—</p> <p>bei einem Paket bis 20 kg ..... S 800'—</p>	
<p>§ 16 PGO, Wertgebühr:</p> <p>Soweit die Wertangabe bei einer Sendung bis 3 kg ..... S 120'—,</p> <p>bei einem Paket bis 5 kg ..... S 200'—,</p> <p>bei einem Paket bis 10 kg ..... S 400'—,</p> <p>bei einem Paket bis 15 kg ..... S 600'—,</p>		

Bisheriger Text		Neuer Text		Begründung	
	Gebühr Schilling		Schilling		
bei einem Paket bis		bei einem Paket bis			
20 kg .... S 800'—,		25 kg ..... S 1000'—			
bei einem Paket bis		übersteigt, für je			
25 kg .... S 1000'—,		S 50'— ..... 0'30			
übersteigt, für je 50 S .. 0'30		3. Eilgebühr:			
§ 14 PGO, Z. 1 teilweise:		3.1. je Briefsendung ... 3'—			
Sonderbehandlungsgebühren:		3.2. je Paket bis 2 kg 3'—			
	Gebühren Schilling	je Paket bis 5 kg 4'—			
1. Eilige Behandlung		je Paket über			
a) einer Briefsendung 3'—		5 kg ..... 5'—			
b) eines Paketes		3.3. Je Postanweisung oder je			
bis 2 kg ..... 3'—		Scheckverkehrs-Anwei-			
bis 5 kg ..... 4'—		sung der Österreichischen			
über 5 kg ..... 5'—		Postsparkasse			
c) einer Postanweisung sowie		bis Schilling	Gebühren Schilling		
einer Zahlungsanweisung		100 ..... 3'—			
des Österreichischen Post-		500 ..... 4'—			
sparkassenamtes		1000 ..... 5'—			
bis Schilling	Gebühren Schilling	über 1000 ..... 6'—			
100 ..... 3'—					
500 ..... 4'—					
1000 ..... 5'—					
über 1000 ..... 6'—					
§ 14 PGO:		4. Sperrgutgebühr:			
2. Sperrige Behandlung eines Pa-		50 vom Hundert der Gebühr			
ketes 50 v. H. der Paketbe-		nach § 10 Z. 1			
förderungsgeld		5. Übernahmebestätigungs-			
	Gebühren Schilling	gebühr:			
3. Behandlung als Bahn-		5.1. Verlangen bei der			
hofbrief ..... 3'—		Aufgabe ..... 3'—			
4. Einholung einer Über-		5.2. Verlangen nach			
nahmebestätigung,		der Aufgabe ... 6'—			
Verlangen bei der		6. Gebühr für die Be-			
Aufgabe ..... 3'—		handlung als Rück-			
5. Behandlung als Rück-		scheinbrief (Rück-			
scheinbrief ..... 3'—		scheingebühr) ..... 3'—			
6. Eigenhändige Abgabe		7. Gebühr für die eigen-			
einer bescheinigten		händige Abgabe einer			
Postsendung, eines		bescheinigten Post-			
nichtbescheinigten		sendung, eines nicht-			
Rückscheinbriefes		bescheinigten Rück-			
einer Behörde oder		scheinbriefes oder für			
eines Amtes oder		die eigenhändige Aus-			
eigenhändige Auszah-		zahlung eines Geld-			
lung eines Geldbeträ-		betrages zu einer			
ges zu einer Postan-		Postanweisung sowie			
weisung sowie zu einer		zu einer Scheckver-			
Zahlungsanweisung		kehrs-Anweisung der			
des Österreichischen		Österreichischen Post-			
Postsparkassenamtes . 3'—		sparkasse ..... 3'—			
		8. Bahnhofbriefgebühr 3'—			

40

410 der Beilagen

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
7. Verlangen des Absenders nach der Aufgabe: Einholung einer Übernahmsbestätigung ... Gebühr für einen eingeschriebenen Brief der ersten Gewichtsstufe .		
§ 10 PGO: 2. Zustellung	§ 16. Zustellgebühren:	
	Schilling	
Gebühren Schilling	1. für ein Paket	
für ein Paket bis 2 kg. 2'—	bis 2 kg ..... 2'—	
für ein Paket bis 5 kg. 3'—	bis 5 kg ..... 3'—	
für ein Paket über 5 kg 5'—	über 5 kg ..... 5'—	
	2. für einen Geldbetrag	
§ 13 PGO:	bis Schilling	
Auszahlung eines Geldbetrages zu einer Postanweisung, zu einer Postzahlungsanweisung sowie zu einer Zahlungsanweisung des Österreichischen Postsparkassenamtes:	50 ..... 1'—	
bis Schilling	100 ..... 1'20	
Gebühren Schilling	200 ..... 1'50	
50 ..... 1'—	500 ..... 2'50	
100 ..... 1'20	1000 ..... 4'—	
200 ..... 1'50	für je weitere S 500	
500 ..... 2'50	mehr um ..... 1'50	
1000 ..... 4'—		
für je weitere 500 S		
mehr um ..... 1'50		
§ 17 PGO:	§ 17. Botenlohn:	
Botenlohn für die Eilzustellung im Landzustell- und Außenbezirk:	Je Wegkilometer des Hin- und Rückweges	Der Botenlohn wird von der Post eingehoben und ungekürzt dem Eilboten (häufig postfremder Gelegenheitsbote) ausbezahlt. Da zu den bisherigen Sätzen Eilboten nur mehr sehr schwer gefunden werden können, soll die Erhöhung dazu dienen, den Eilzustelldienst im Landzustell- und Außenbezirk zu verbessern.
Je Wegkilometer auf dem Hin- und Rückweg	Schilling	
Gebühren Schilling	1. für ein Paket	
a) für ein Paket bis	bis 2 kg ..... 2'—	
2 kg ..... 1'50	bis 5 kg ..... 2'50	
für ein Paket bis	über 5 kg ..... 3'—	
5 kg ..... 2'—	2. für jeden anderen	
für ein Paket über	Gegenstand ..... 2'—	
5 kg ..... 2'50		
b) für jeden anderen		
Gegenstand ..... 1'50		
§ 26 PGO:	§ 18. Sonstige Gebühren:	
Einsammlungsgebühr	Schilling	
Gebühren Schilling	1. Einsammlungs- gebühr je Paket .. 1'50	Soweit bisher die Gebühr für einen eingeschriebenen Brief vorgesehen war, soll diese nun ziffernmäßig in der gleichen Höhe festgesetzt werden.
je Paket ..... 1'50	2. Spätlingsgebühr je Sendung oder Geld- betrag ..... 2'—	
§ 31 PGO:		
Spätlingsgebühr		
je Sendung ..... 2'—		



## 410 der Beilagen

41

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
§ 29 PGO:		Schilling
Leitzettelgebühr ..... 0'50	3. Leitzettelgebühr je Sendung ..... 0'50	
§ 14 PGO, Z. 7 teilweise: Verlangen des Absenders nach der Aufgabe: Berichtigung oder Änderung einer Anschrift, Rückgabe einer Postsendung oder eines Geldbetrages zu einer Postanweisung, Änderung eines Nachnahmebetrages oder Minderung des Betrages eines Postauftrages ... Gebühr für einen eingeschriebenen Brief der ersten Gewichtsstufe	4. Gebühr für die Berichtigung oder Änderung der Anschrift ..... 6'— 5. Gebühr für die Rückgabe einer Postsendung oder eines Geldbetrages ..... 6'— 6. Gebühr für die Änderung eines Nachnahmebetrages .... 6'— 7. Gebühr für die Minderung eines Postauftragsbetrages ... 6'— 8. Gebühr für eine Doppel- oder Ersatzaufgabebescheinigung (Bescheinigungsgebühr) 3'—	
§ 19 PGO: Doppel- oder Ersatzaufgabebescheinigung (Bescheinigungsgebühr) 3'—	9. Fachgebühren: 9.1. Brieffachgebühr monatlich für ein offenes Fach 5'— für ein kleines Schließfach .... 10'— für ein großes Schließfach .... 15'— 9.2. Paketfachgebühr monatlich .... 30'— zusätzliche Fachgebühr je Paket ..... 1'— 9.3. Geldfachgebühr monatlich .... 15'— zusätzliche Fachgebühr je angewiesenen Geldbetrag .... 1'—	
§ 20 PGO: Fachgebühren: 1. Brieffachgebühr, monatlich für ein offenes Fach 5'— für ein kleines Schließfach ..... 10'— für ein großes Schließfach ..... 15'— 2. Paketfachgebühr, monatlich ..... 30'— zusätzlich für jedes Paket ..... 1'— 3. Geldfachgebühr, monatlich ..... 15'— zusätzlich für jeden einzelnen angewiesenen Geldbetrag ... 1'—	10. Postlagergebühr: 10.1. je Paket ..... 1'— 10.2. je Briefsendung, Zeitung, Postanweisung oder Scheckverkehrs-Anweisung der Österreichischen Postsparkasse ..... 0'50 11. Lagergebühr je Paket und Tag .. 1'— 12. Abholscheingebühr 1'—	

42

410 der Beilagen

Bisheriger Text	Gebühren Schilling	Neuer Text	Schilling	Begründung
§ 21 PGO:		13. Einhebungsgebühr		Die Einhebungsgebühren für
Postlagergebühr		13.1. je Antwort-		Antwortsendungen sollen aus
für ein Paket .....	1'—	sendung .....	0'30	betrieblichen Gründen verein-
für eine Briefsendung		13.2. je sonstige Sen-		heitlicht werden. Durch die Ver-
oder Postanweisung so-		dung .....	1'—	einheitlichung werden keine
wie eine Zahlungsan-		14. Rücksendungsgebühr		Mehreinnahmen erwartet.
weisung des Öster-		je Massensendung ..	0'20	
reichischen Postspar-		15. Gebühr für die Be-		
kassenamtes .....	0'50	nachrichtigung von		
		der Unzustellbarkeit		
§ 22 PGO:		eines Paketes (Be-		
Lagergebühr		nachrichtigungs-		
je Paket und Tag ....	1'—	gebühr) .....	4'—	
§ 24 PGO:		16. Gebühr für einen		
Abholscheingebühr ....	1'—	Nachsendungs-		
		antrag:		
§ 23 PGO:		16.1. für einen Zeit-		
Einhebungsgebühr:		raum bis zu		
1. Je (Brief *), Post-		drei Monaten 8'—		
karte, Geschäftsbrief,		16.2. für einen Zeit-		
Geschäftspostkarte		raum bis zu		
und Paket .....	1'—	sechs Monaten 15'—		
2. für Antwortsendun-		17. Postvollmacht-		
gen		gebühr, Gebühr für		
a) je Brief .....	0'50	die Ausfertigung		
b) je Postkarte, Ge-		einer Postüber-		
schäftsbrief, Ge-		nahmskarte .....	10'—	
schäftspostkarte		18. Taschengebühr		
und Warenprobe	0'30	monatlich .....	20'—	
c) je Drucksache ...	0'20	19. Nachforschungs-		
		gebühr:		
§ 33 PGO:		19.1. je Sendung		
Gebühr für die Rück-		oder Geld-		
sendung einer unzustell-		betrag .....	5'—	
baren Massensendung ..	0'20	19.2. Mehrkosten		
		je Stunde ....	20'—	
§ 18 PGO:		20. Umtauschgebühr		
Gebühr für die Benach-		je Briefmarke		
richtigung von der Un-		(Briefmarkenauf-		
zustellbarkeit eines Pa-		druck) .....	0'10	
ketes .....	4'—			
§ 32 PGO:				
Gebühr für einen Nach-				
sendungsantrag:				
a) Nachsendung für				
einen Zeitraum bis				
zu drei Monaten 8'—				
b) Nachsendung für				
einen Zeitraum				
von mehr als drei				
Monaten .....	15'—			

\*) Auf Grund des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom 16. Oktober 1970, Zl. G 9/70-11, V 3, 4, 5/70 mit Wirksamkeit vom 1. April 1971 aufgehoben (BGBl. Nr. 366/1970).

## 410 der Beilagen

43

Bisheriger Text	Neuer Text	Begründung
	Gebühren Schilling	
§ 27 PGO: Postvollmachtgebühr .. 10'—		
§ 30 PGO: Taschengebühr, monat- lich ..... 20'—		
§ 25 PGO: a) Nachforschungs- gebühr ..... 5'— b) Mehrkosten bei Nachforschungen je Stunde ..... 20'—		
§ 28 PGO: Umtauschgebühr je umgetauschte Brief- marke (Briefmarkenauf- druck) ..... 0'10		